

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER DAS PFLEGEgeld FÜR SENIOREN

INHALTSANGABE

Vorliegender Dekretvorentwurf reformiert die finanzielle Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen der sechsten Staatsreform zuständig geworden ist, und schafft dazu eine neue und einheitliche Rechtsgrundlage.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zum Gutachten des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben	6
Bemerkungen zum Gutachten des Beirates für Seniorenunterstützung	8
Bemerkungen zum Gutachten der Datenschutzbehörde	9
Kommentar zu den Artikeln	10
Vorentwurf	20
Gutachten des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben	37
Gutachten des Beirates für die Seniorenunterstützung	38
Gutachten der Datenschutzbehörde	39

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Zuge der sechsten Staatsreform wurde der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Zuständigkeit zur Gestaltung und Auszahlung der Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen übertragen.

Die aktuelle Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen ist eine finanzielle Unterstützung für Senioren mit einem Unterstützungsbedarf. Die Beihilfe wird in Form einer monatlichen Rente ausgezahlt. Sie dient einerseits dazu, die Kosten, die mit dem Verlust der Selbstständigkeit einhergehen, zu mindern und andererseits die Autonomie der unterstützungsbedürftigen Senioren zu stärken und zu deren selbstbestimmtem Leben beizutragen.

Vorliegender Dekretvorentwurf schafft eine neue und einheitliche Rechtsgrundlage der Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen, die nun als "Pflegegeld für Senioren" bezeichnet wird. Das Pflegegeld für Senioren bleibt ein Solidarsystem, welches einkommensschwache Senioren stärker unterstützt.

Gewährungsbedingungen

Um Anrecht auf das Pflegegeld für Senioren zu haben, muss die Person das gesetzliche Pensionsalter, aktuell 65 Jahre, erreicht haben. Des Weiteren muss der Senior im belgischen Nationalregister erfasst sein, seinen offiziellen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet (Gemeinden mit der Postleitzahl 4700-4799) haben und in Belgien sozialversichert sein, oder aber aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anrecht auf das Pflegegeld für Senioren der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben. Das Pflegegeld für Senioren kann nur gewährt werden, wenn ein Unterstützungsbedarf vorliegt. Dieser wird anhand des BelRAI-Screeners, welcher durch die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben durchgeführt wird, ermittelt.

Das Recht auf Pflegegeld für Senioren

Bisher fand eine komplexe Analyse der finanziellen Situation der Haushaltseinkommen des Seniors statt, um den Betrag der finanziellen Beihilfe individuell auszurechnen. Vorliegender Dekretvorentwurf soll dazu beitragen, das Berechnungsmodell zu vereinfachen und das System verwaltungstechnisch gesehen transparenter und für den Senior nachvollziehbar zu gestalten.

Das Basispflegegeld

Im neuen System werden verschiedene Pflegegeldkategorien auf Basis der BelRAI-Screener-Werte bestimmt. Pro Kategorie wird ein Fixbetrag für das Basispflegegeld definiert.

Im aktuellen System wird das Recht auf Pflegegeld für Senioren im Folgemonat der Antragstellung eröffnet. Dies wird sich im neuen System verändern, da das Recht auf Pflegegeld für Senioren im Monat der Antragstellung eröffnet wird.

Bei Veränderungen der Situation des Seniors kann es zu Nachzahlungen oder Rückforderungen kommen. Unter Veränderungen versteht man, z. B., die Evolution des Unterstützungsbedarfs, der durch einen neuen BelRAI-Screener ermittelt wird, oder die Veränderung des Statuts der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung. Die neue zugewiesene Kategorie gilt rückwirkend zu dem Monat, in dem sich einer der Parameter verändert hat.

Das Recht auf Pflegegeld für Senioren erlischt mit dem Versterben des Seniors im Folgemonat.

Der Sozialzuschlag

Senioren, die Anrecht auf die erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung haben, erhalten zusätzlich zu ihrem Basispflegegeld einen Sozialzuschlag.

Das Statut der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung wird auf Grundlage einer Analyse des Haushaltseinkommen durch die Krankenkasse vergeben.

Das Verfahren

Der Dekretvorentwurf sieht gewisse Vorgaben für das Verfahren zum Erhalt des Pflegegeldes für Senioren und zur Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Pflegegeld vor. Ziel der Verfahrensregeln ist, verschiedene Rechte des Seniors zu definieren und zu schützen.

Für die Ausführung der in vorliegendem Dekretvorentwurf beschriebenen Aufgaben, benötigt die Regierung verschiedene Informationen über die betroffenen Senioren. Diese trägt sie auf eigene Initiative zusammen. Soweit wie möglich, greift sie, um eine effektive und gründliche Begutachtung des Rechtes auf das Pflegegeld für Senioren zu gewährleisten auf elektronische Daten zurück, die sie von den authentischen Quellen erhält. Dadurch wird die Antragstellung einfach gestaltet. Bei dem Zurückgreifen auf diese elektronischen Daten befolgt die Regierung strikt die Bestimmungen des Datenschutzes. Sie erfasst entsprechend der Verordnung nur die notwendigen Daten.

Der Übergang

Es wird eine Übergangsregelung vorgesehen für alle Senioren, die eine Beihilfe erhalten. Diese Übergangsregelung hält pro Senior den Betrag fest, den er vor der Einführung des vorliegenden Dekretes erhielt.

In keinem Fall wird der Senior weniger Pflegegeld erhalten als vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes.

Der Wechsel zum neuen Pflegegeld erfolgt nur in dem Fall, in dem das Pflegegeld vorteilhafter ist als der Betrag der Beihilfe. Ob das Pflegegeld vorteilhafter ist, wird sowohl bei der Einführung des neuen Systems als auch danach geprüft.

Das Standstill-Prinzip

Artikel 23 der Verfassung sieht vor, dass jeder ein Recht hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Um dies zu ermöglichen, obliegt es jedem Gesetzgeber, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten und die Bedingungen ihrer Ausübung zu bestimmen. Auch das Recht auf Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen gehört zu diesen verfassungsmäßig verankerten Rechten, die jeder Gesetzgeber gewährleisten muss.

Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die gegenwärtig durch die föderale Gesetzgebung in dieser Materie vorgesehenen Vorteile nach der Zuständigkeitsübertragung an die Gemeinschaften aufrechterhalten werden. Bedeutsame Rückschritte sollen somit nicht möglich sein. In diesem Kontext spricht man von einer so genannten „Standstill“-

Verpflichtung. Allerdings sieht diese Standstill-Verpflichtung nur vor, dass das verfassungsmäßig verankerte Recht auf eine zumindest gleichwertige Weise gewährleistet wird und dass der zuständige Gesetzgeber selbst über die angemessenste Weise entscheiden kann, durch die diese Rechte gewährleistet werden.

Vorliegender Dekretvorentwurf reformiert die bisherigen föderalen Regeln. Das eigentliche Recht auf Pflegegeld für Senioren wird jedoch auch unter dem neuen System der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiterhin auf einem zumindest gleichwertigen Niveau gewährleistet.

Das Einführen eines neuen Systems führt unvermeidlich zu Veränderungen. Die wichtigste Veränderung ist die Berechnungsmethode durch die Nutzung des BelRAI-Screeners zur ganzheitlichen Einschätzung des Unterstützungsbedarfes und des Statuts der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung. Die genauen Beträge werden in einem Erlass verankert.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES VERWALTUNGSRATES DER DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Der Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (hiernach die „Dienststelle“) hat am 3. September 2021 ein Gutachten zum Dekretvorentwurf ausgestellt.

Die Dienststelle begrüßt, dass der BelRAI-Screener für die Einstufung in eine Pflegegeldkategorie genutzt wird. Sie wünscht sich jedoch, dass die angewandten Schwellenwerte mit den Unterstützungskategorien in den WPZS übereinstimmen, da es ansonsten Unverständnis beim Bürger wecken würde. Sollte diese Lösung nicht bevorzugt werden, weist die Dienststelle darauf hin, dass man bei Einführung des neuen Systems des Pflegegelds gut kommunizieren und begründen soll, weshalb von dieser Einheitlichkeit abgewichen wird.

Die ausgesuchten Schwellenwerte der Pflegegeldkategorien stimmen nicht zu 100 % mit den Unterstützungskategorien in den WPZS überein, sind jedoch mit diesen vereinbar:

1. Pflegegeldkategorie 1: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 3 erreicht wird.
2. Pflegegeldkategorie 2: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 6 und 12,99 erreicht wird. Diese Pflegegeldkategorie entspricht der geringen Unterstützungskategorie in den WPZS.
3. Pflegegeldkategorie 3: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 oder in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 6 erreicht wird. Diese Pflegegeldkategorie entspricht der erhöhten Unterstützungskategorie in den WPZS.
4. Pflegegeldkategorie 4: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 und mindestens ein Wert zwischen 5 und 18 in den Modulen Kognition, Psychische Störungen und Verhaltensstörungen erreicht wird.

Diese Aufteilung wurde festgehalten, da sie eine Mischung aus den Resultaten einer Studie darstellt, die in Flandern durch die KU Leuven durchgeführt wurde und die darauf abzielte, Schwellenwerte über den BelRAI-Screener für die Beihilfe zur Unterstützung von

betagten Personen zu erhalten, und den schon durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. August 2020 definierten Unterstützungskategorien in den WPZS der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Dienststelle merkt in ihrem Gutachten an, dass für Personen, die bislang eine finanzielle Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen erhalten, bei denen aber aus diversen Gründen die Dienststelle noch nicht den Unterstützungsbedarf bzw. den Grad der Beeinträchtigung der Autonomie auf Grundlage des BelRAI-Screeners festgestellt hat, eine potenzielle Ungleichbehandlung entsteht, wenn sich ab der Übernahme Anträge zu einem gewissen Zeitpunkt stark häufen und nicht in angemessener Zeit abgearbeitet werden können (bei Personen, die bereits eine Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen beziehen und die über eine BelRAI-Einstufung verfügen, kann der Abgleich automatisch erfolgen). Dieser zusätzliche Bearbeitungsaufwand ist zeitlich zu entzerren und für den Antragsteller ohne Nachteile zu gestalten.

Der zusätzliche Arbeitsaufwand, der auf die Dienststelle zukommt, ist durch sie abzuschätzen. Es wird sodann gemeinsam an Lösungen gearbeitet, damit es nicht zu Verzögerungen kommt. Hier sei jedoch auch darauf hingewiesen, dass der Antragsteller nicht benachteiligt wird, wenn eine Verzögerung der Durchführung des BelRAI-Screeners vorliegt. Sollte der Antrag auf die Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen vor dem 30. November 2022 eingereicht worden sein, so würde die Beihilfe durch den FÖD Soziale Sicherheit nach altem Regelwerk berechnet und der errechnete Betrag durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen, bis dass das neue Regelwerk für den Senior vorteilhafter ist.

Eine weitere Ungleichbehandlung kann laut der Dienststelle entstehen, wenn die Pflegegeldkategorie WPZS niedriger ausfallen sollte als die Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen, das heißt, wenn die höhere Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen trotz Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren fortgezahlt werden sollte und somit neuere Antragsteller weniger Beihilfe erhalten, obschon sie in derselben Situation verkehren, die gemäß Begründung zur Einführung einer spezifischen Pflegegeldkategorie WPZS geführt hat.

Die im Dekretvorentwurf enthaltene Kategorie „WPZS Pflegegeld“ (ehemals Artikel 9 und 10) wurde inzwischen gestrichen. Dadurch wird die Bemerkung der Dienststelle gegenstandslos.

Die Dienststelle weist darauf hin, dass es bei der Übergangsbestimmung in Artikel 58 unerlässlich ist, dass hinsichtlich der konkreten und technischen Umsetzung sowie hinsichtlich der Kommunikation nach außen ein kleinteiliger Fahrplan für alle Beteiligten entwickelt wird, der auch die Handhabung der vorhersehbaren und zwangsläufig entstehenden Sondersituationen regelt. Die genannte Übergangsbestimmung setzt voraus, dass alle eingegangenen Anträge fristgerecht bearbeitet würden. Laut der Dienststelle besteht die Gefahr, dass Anträge beim Föderalstaat noch im Verlauf des Jahres 2023 zum Abschluss kommen. In der Zwischenzeit könnte aber ein BelRAI-Screener durchgeführt worden sein, der für die Person im Sinne von Artikel 57 nicht zwingend vorteilhafter wäre.

Ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem FÖD Soziale Sicherheit und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird erarbeitet, um solche Situationen zu vermeiden. Sollte es dennoch zu Verzögerungen in der Bearbeitung der Anträge kommen, ist der FÖD Soziale Sicherheit verpflichtet und bemüht, die Situation schnellstmöglich zu regularisieren und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft über seine Entscheidung Auskunft zu geben.

Die Dienststelle weist auch darauf hin, dass aus der Einschätzung zum Erhalt der Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen durch den FÖD Soziale Sicherheit weitere Rechte abgeleitet werden. Die Entscheidungsgrundlage dieser weiteren Rechte wird hiermit einseitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft geändert. Die automatische Zuerkennung wäre somit nicht mehr möglich.

Dem Premier-Minister De Croo wurde diesbezüglich ein Schreiben zugeschickt mit der Bitte, die Anfrage an die zuständigen Behörden weiterzuleiten. Mittlerweile liegen mehrere Antworten vor und es wird gemeinsam nach Lösungen gesucht. Eine vorgeschlagene Lösungspiste wäre Artikel 135 des Einkommenssteuergesetzbuches in dem Sinne abändern zu lassen, dass der BelRAI-Screener als Bewertungsinstrument integriert würde. Der FÖD Finanzen wird diesbezüglich Absprachen mit dem FÖD Soziale Sicherheit treffen, um sich über die Opportunität der Anpassung der steuergesetzlichen Bestimmung abzusprechen. Letzten Endes liegt die Verantwortung jedoch beim Föderalstaat, sicherzustellen, dass die bisher aus dem Gesetz vom 27. Februar 1987 abgeleiteten Rechte sich in Zukunft auch aus der Anwendung des vorliegenden Dekrets ableiten lassen.

Eines dieser abgeleiteten Rechte ist die erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung seitens der Krankenkasse. Diese erhöhte Beteiligung ist im aktuellen System ein abgeleitetes Recht der Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen. Damit dieses Recht in gerechter Weise fortbestehen kann, müssten die Gewährungsbedingungen in den verschiedenen Teilstaaten ähnlich bleiben wie die, die im föderalen Regelwerk galten. Da dies ab Januar 2023 nicht mehr der Fall sein wird, ist es nicht mehr selbstverständlich, dass der Anspruch auf die erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung seitens der Krankenkasse auf der Grundlage der Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen automatisch gewährt wird. In Zukunft wird dieses abgeleitete Recht als solches also nicht mehr bestehen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES BEIRATES FÜR DIE SENIORENUNTERSTÜTZUNG

Der Beirat für die Seniorenunterstützung (hiernach der „Beirat“) hat in seiner Sitzung vom 16. September 2021 einstimmig ein positives Gutachten verabschiedet.

Der Beirat bemängelt, dass die in den vormaligen Artikel 8 und 9 des Dekretentwurfs vorgesehene WPZS-Pflegegeldkategorie in Konflikt mit der, in Artikel 1 des Dekretentwurfs erwähnten Selbstbestimmung sowie der Nicht-Zweckgebundenheit des Pflegegeldes steht. Aus Sicht des Beirates sollte der Unterstützungsbedarf des Seniors ausschlaggebend sein, unabhängig davon, ob er in seinen eigenen vier Wänden oder in einer Einrichtung lebt.

Aufgrund der Bemerkung des Beirates wurde beschlossen, dass eine solche gesonderte Kategorie nicht geschaffen wird. Aus diesem Grund ist die Bemerkung gegenstandslos geworden.

Der Beirat äußert sich kritisch gegenüber der Abschaffung der Einkommensprüfung des Haushalts. Er ist der Ansicht, dass die Verwendung des Statuts der erhöhten Kostenrückerstattung der Krankenkassen zur besseren Unterstützung von einkommensschwächeren Senioren nicht so nuanciert ist, wie die Einkommensprüfung des Haushalts im bisherigen System. Der Beirat ist der Meinung, dass der Systemwechsel nicht dazu führen sollte, dass eine signifikante Anzahl Senioren im neuen System benachteiligt wird. Der Beirat hält fest, dass es dies zu überprüfen gilt anhand der Auswertung der Studie, die zum Zeitpunkt der Erstellung seines Gutachtens im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt wurde.

Dieser Kommentar wird bei der Auswertung der Studie berücksichtigt und zum Zeitpunkt der Redaktion des künftigen Ausführungserlasses Rechnung getragen. Fakt ist jedoch, dass bei der Vergabe des Statuts der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung seitens der Krankenkasse eine vergleichbare Einkommensprüfung stattfindet. Damit der Verwaltungsaufwand für die Deutschsprachige Gemeinschaft entsprechend vereinfacht werden kann, hat man sich entschieden, dieses Statut zu berücksichtigen.

Der Beirat weist auf die Wichtigkeit hin, die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, die WPZS der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der umliegenden Gemeinden umfangreich über das neue System zu informieren. Dies hinsichtlich der Situationen, in denen es zu einem Zuständigkeitswechsel zwischen den Teilstaaten, und somit einem Systemwechsel für den Senior aufgrund einer Veränderung des offiziellen Wohnsitzes kommen könnte. Dies könnte dazu führen, dass ein Senior in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Teilstaates fällt, in dem sein Anrecht auf Pflegegeld für Senioren anders als in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausfällt. Für die Begünstigten des Pflegegeldes muss ersichtlich sein, dass der Umzug in einen anderen Teilstaat Vor- und Nachteile zur Folge haben kann.

In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, dass diese Kommunikation im Aktionsplan zur Umsetzung des Projektes bereits vorgesehen ist.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

Die Datenschutzbehörde stellte dem Dekretentwurf am 25. Oktober 2021 ihr positives Gutachten Nr. 199/2021 aus.

Die Datenschutzbehörde weist in ihren allgemeinen Bemerkungen darauf hin, dass die Benennung des Verantwortlichen der Datenverarbeitung den tatsächlichen Umständen entsprechen muss. Die Benennung eines Verantwortlichen für die Datenverarbeitung in den Vorschriften sollte mit der Rolle übereinstimmen, die dieser Akteur in der Praxis spielt. In dieser Hinsicht fordert die Datenschutzbehörde, dass anstelle der Regierung als Ganzes der zuständige Minister oder sein Ministerium als Verantwortlicher für die Datenverarbeitung bezeichnet wird, um keine Unklarheit hinsichtlich der Identität der Person oder des Verantwortlichen für die Datenverarbeitung zu schaffen.

Zwar wird in der Praxis das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft künftig diese Rolle übernehmen, doch es ist unüblich und widerspricht sogar dem in Artikel 37 der Verfassung festgelegten Grundsatz, dass ein Dekret der Hauptverwaltung der Regierung direkt Aufgaben zuerteilt. Aus dem Grund wird die Formulierung der Artikel 38-45 beibehalten und die Regierung als Datenverantwortliche benannt.

In seinen Bemerkungen bezüglich der Weitergabe an Dritte (Artikel 43 des Dekretentwurfs), merkt die Datenschutzbehörde an, dass es ratsam scheint, in Bezug auf die „Weitergabe“ von Daten an die zentrale Datenbank für soziale Sicherheit (BCSS), klarzustellen, dass die zentrale Datenbank für soziale Sicherheit als solche keinen Zugang zu bestimmten Daten hat, sondern lediglich mit der Übertragung dieser Daten an bestimmte Instanzen beauftragt ist und diese Übertragung (auf technischer Ebene) organisiert.

Es versteht sich von selbst, dass die zentrale Datenbank sich nicht über die klar umrissene Zweckbestimmung des Artikels 43 hinwegsetzen kann und diese Daten eigenmächtig verarbeiten kann.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Gegenstand des vorliegenden Dekretvorentwurfs.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretvorentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretvorentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel legt den Anwendungsbereich des Dekretvorentwurfs fest.

Artikel 5

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitz des Seniors bestimmt wird.

Der Wohnsitz des Seniors ist ausschlaggebend für das Anrecht. Berücksichtigt wird der Wohnsitz, der in den Bevölkerungsregistern eingetragen ist. Geprüft wird dies anhand der Informationen des Nationalregisters der natürlichen Personen oder über Informationen der Gemeinden, die die Bevölkerungsregister führen. Deshalb ist der Zugriff auf die elektronischen Daten des Nationalregisters notwendig für eine effiziente und gründliche Begutachtung des Rechtes auf Pflegegeld für Senioren. Für im Ausland wohnhafte Senioren wird der Wohnsitz anhand von offiziellen, durch die zuständige ausländische Behörde ausgestellten Dokumente festgelegt.

Artikel 6

Dieser Artikel hält fest, dass es ein Basispflegegeld gibt. Dieses wird auf Grundlage des Unterstützungsbedarfes gewährt. Die Regierung legt für die verschiedenen Kategorien des Basispflegegeldes die Beträge fest.

Artikel 7

Dieser Artikel sieht die Gewährungsbedingungen des Basispflegegeldes vor.

Jedem Senior ab einem Alter von 65 Jahren, dem eine Pflegegeldkategorie zugewiesen wurde, wird das diesbezügliche Basispflegegeld gewährt.

Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt mit welchen anderen Leistungen das Basispflegegeld unvereinbar ist.

Artikel 9

Dieser Artikel sieht vor, dass es einen Sozialzuschlag gibt, dessen Betrag durch die Regierung festgelegt wird.

Artikel 10

Dieser Artikel legt fest, dass ein Senior, der Anrecht auf das Basispflegegeld und auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung seitens der Krankenkasse hat, den Sozialzuschlag erhält.

Artikel 11

Eine Revision des Anrechts auf Pflegegeld für Senioren kann entweder auf Antrag des Seniors oder von Amts wegen erfolgen. Die weiteren Modalitäten werden durch die Regierung bestimmt.

Artikel 12

Dieser Artikel sieht eine Indexierung des Betrags des Pflegegeldes für Senioren vor. Die Regierung bestimmt die Modalitäten der Indexierung.

Artikel 13

Dieser Artikel sieht den Zeitpunkt des Eröffnens und des Erlöschens des Anrechts auf Pflegegeld für Senioren vor.

Das Pflegegeld für Senioren wird zum Datum der Antragstellung eröffnet, insofern zu diesem Zeitpunkt die Gewährungsbedingungen erfüllt sind. Das Pflegegeld wird immer für einen vollständigen Monat gezahlt.

Ereignisse, die einen Einfluss auf das Pflegegeld für Senioren haben, führen zu dessen Anpassung und können so zu Nachzahlungen oder Rückforderungen führen. Ist die Veränderung zum finanziellen Vorteil des Seniors, so gilt sie bereits für den Monat, in dem die Veränderung stattfand. Ist sie zum finanziellen Nachteil des Seniors, so gilt die Entscheidung ab dem Folgemonat der Veränderung. Somit erlischt das Anrecht auf das Pflegegeld am ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem die Nichterfüllung der Gewährungsbedingungen eingetreten ist.

Artikel 14

Dieser Artikel legt fest, dass das Pflegegeld nicht gewährt werden kann, wenn der Senior bereits eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung aufgrund anderer Gesetze, Dekrete, Ordonnanzen, verordnungsrechtlicher Bestimmungen oder aufgrund ausländischen Rechts erhält.

Als mit dem Pflegegeld vergleichbar gelten grundsätzlich alle den Teilstaaten im Rahmen der sechsten Staatsreform übertragenen Beihilfen zur Unterstützung von Betagten we-
sensähnlichen Leistungen.

Die Regierung kann jedoch weitere mit dem Pflegegeld vergleichbare Formen von Leistungen bestimmen.

Artikel 15

Der Unterstützungsbedarf des Seniors wird anhand des BelRAI-Screeners eingeschätzt. Der Senior wird auf Basis dieses BelRAI-Screeners einer Pflegegeldkategorie zugewiesen. Der Artikel definiert für jede Pflegegeldkategorie bereits die entsprechenden Zugangswerte. Der Regierung wird die Ermächtigung erteilt, das Verfahren festzulegen, gemäß dem die Dienststelle den Unterstützungsbedarf und somit die Pflegegeldkategorie eines Seniors bestimmt.

Artikel 16

Das vorliegende Kapitel wird für das Pflegegeld für Senioren an Stelle der Charta des Sozialversicherten angewendet.

Die Charta wird dadurch nicht aufgehoben. Für andere Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in den Anwendungsbereich der Charta fallen, bleibt die Charta anwendbar.

Artikel 17

Dieser Artikel sieht vor, dass das Einreichen eines Antrags erforderlich ist, damit das Pflegegeld für Senioren gewährt und ausgezahlt wird.

Die Regierung informiert den Antragsteller darüber, dass das Recht des Seniors untersucht wird und in welcher Frist dies geschieht.

Die Regierung bestimmt die Ausführungsmodalitäten des vorliegenden Artikels.

Artikel 18

Die Regierung trägt zuerst alle notwendigen Informationen zusammen, die zur Begutachtung der Rechte des Seniors benötigt werden. Dies erfolgt in erster Linie über den Antrag sowie über Datenflüsse zu den entsprechenden authentischen Quellen. Sie fragt die Informationen nur dann bei dem Antragsteller an, wenn sie sie nicht selbst beschaffen kann.

Wenn die Regierung die Informationen nicht selbst zusammentragen kann und der Antragsteller trotz Aufforderung und zwei Erinnerungsschreiben die Informationen nicht erteilt, kann die Regierung keine sorgfältig vorbereitete Entscheidung treffen. Um unnötige Rückforderungen zu vermeiden, gilt, dass der Antrag in diesem Fall abgelehnt wird. Es steht dem Antragsteller frei, einen erneuten und vollständigen Antrag einzureichen.

Die Regierung bestimmt das weitere Bearbeitungsverfahren des Antrags.

Artikel 19

Beschlüsse werden innerhalb von 60 Werktagen ab dem Antrag getroffen. Wird der Beschluss nicht in dieser Frist getroffen, wird der Antragsteller darüber informiert.

Wenn der Regierung nicht alle Auskünfte vorliegen und dies daran liegt, dass der Antragsteller oder eine Einrichtung, die nicht der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegt, die beantragten Auskünfte nicht geliefert hat, muss der Beschluss nicht innerhalb von 60 Werktagen getroffen werden und wird um den Zeitraum verlängert, bis zu dem die beantragten Auskünfte vorliegen.

Artikel 20

Dieser Artikel legt fest, dass die Regierung dem Antragsteller die Beschlüsse mitteilt, die ihn betreffen.

Artikel 21

Dieser Artikel legt fest, welche Beschlüsse die Berechnung des Betrages beinhalten müssen sowie welche Informationen die Mitteilung an den Senior beinhalten muss.

Artikel 22

Dieser Artikel legt fest, welche Elemente in einer Notifizierung eines Beschlusses vermerkt sein müssen und welche Konsequenzen das Fehlen dieser Elemente nach sich zieht.

Artikel 23

Dieser Artikel legt fest, dass die Regierung Beschlüsse, die auf einem rechtlichen oder materiellen Irrtum basieren, neu fasst. Der neue Beschluss wirkt ab dem Moment, an dem der Beschluss gewirkt hätte, wenn er von vorneherein korrekt gefasst worden wäre.

Wenn der neue Beschluss dazu führt, dass das Recht auf Pflegegeld geringer ist als das irrtümlicherweise gewährte Recht, so wirkt der neue Beschluss erst im Monat nach der Notifizierung des neuen Beschlusses.

Dies gilt nicht, wenn der irrtümliche Beschluss gefasst wurde, obwohl der Antragsteller wusste oder wissen musste, dass er kein Anrecht auf diese Leistung hat oder weil der Antragsteller nicht seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, alle Informationen zu liefern, die Einfluss auf sein Recht auf Pflegegeld haben können.

Artikel 24

Dieser Artikel legt fest, in welchen Fällen die Regierung Beschlüsse zurücknimmt und neu fasst.

Artikel 25

Der Senior kann einen Einspruch gegen Beschlüsse über die Gewährung oder die Ablehnung seines Antrags auf Pflegegeld oder gegen einen Beschluss über eine Revision oder Revision von Amts wegen bei der Regierung einreichen.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens.

Artikel 26

Dieser Artikel legt die Auszahlungsmodalitäten fest. Grundsätzlich werden die Leistungen im Monat, auf den sie sich beziehen, ausgezahlt. Die Regierung bestimmt das Datum der Auszahlung des Pflegegeldes.

Das Pflegegeld für Senioren wird auf ein Konto des Seniors gezahlt. Die Regierung kann abweichende Zahlungsmodalitäten festlegen.

Artikel 27

Die Regierung informiert den Senior monatlich, wenn sie nicht in der Lage ist, die Leistungen in den vorgesehenen Fristen zu zahlen.

Artikel 28

Liegen der Regierung ernsthafte und übereinstimmende Elemente vor, die vermuten lassen, dass ihr betrügerische oder falsche Informationen übermittelt wurden, kann sie die Auszahlung des Pflegegelds für Senioren aussetzen.

Diese Aussetzung der Zahlung hat keinen Einfluss auf die Rückforderung der Leistungen, die erfolgt, wenn die Regierung festgestellt hat, dass die Informationen auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen zurückgehen oder falsch waren.

Artikel 29

Wird für einen Senior bereits in Anwendung von ausländischen Gesetzgebungen eine Sachleistung gezahlt, werden die Leistungen im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und des vorliegenden Dekretvorentwurfs um den Wert der Sachleistung entsprechend verringert.

Dies gilt nicht, wenn internationale Abkommen oder andere europäische Verordnungen eine andere Verrechnungsregel vorsehen.

Artikel 30

Wird ein Beschluss durch Verschulden der Regierung nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen gefasst, so hat der Senior Anspruch auf Zinsen auf diese Leistungen.

Zinsen werden außerdem nicht geschuldet, wenn ein Vorschuss gezahlt wurde und der endgültige Beschluss nicht getroffen werden kann, weil Informationen nicht vorliegen, die der Antragsteller oder eine fremde Einrichtung mitteilen müssen.

Artikel 31

Das Pflegegeld kann in Form eines Vorschusses gezahlt werden.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Vorschusses fest.

Artikel 32

Dieser Artikel erläutert, dass das Pflegegeld für Senioren zurückgefordert werden kann, wenn die Erklärungen, die der Antragsteller zum Erhalt der Leistungen abgegeben hat, betrügerisch oder falsch sind. Eine Angabe gilt dann als in betrügerischer Absicht abgegeben, wenn der Antragsteller die Regierung in voller Sachkenntnis irreführt. Sie gelten in den in Artikel 23 Absatz 3 des Dekretvorentwurfs erwähnten Fällen als falsch.

Dieser Artikel ist nicht anwendbar im Falle des Versterbens des Seniors.

Artikel 33

Dieser Artikel legt fest, dass Rückforderungen prioritär durch Einbehaltung von zukünftigen Leistungen geschehen. Bei dem Einbehalten ist Artikel 1410 §4 des

Gerichtsgesetzbuches zu beachten. Dieser sieht vor, dass diese Einbehaltung höchstens 10 % der zukünftigen Leistungen betragen darf. Wurde der zu Unrecht gezahlte Betrag aufgrund von Betrug ausgezahlt, können die zukünftigen Leistungen zu 100 % einbehalten werden.

Ist eine Einbehaltung nicht möglich, wird der Empfänger aufgefordert, den Betrag zurückzuzahlen.

Führt diese Aufforderung nicht zur Rückzahlung, leitet die Regierung rechtliche Schritte ein.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten.

Artikel 34

Es ist normal, dass derjenige, der einen Betrag unrechtmäßig erhalten hat, diesen Betrag zurückzahlen muss. Deshalb ist die Rückforderung die Regel. Jedoch ist es in gewissen Ausnahmefällen gerechtfertigt, dass auf die Rückforderung verzichtet wird.

Auf die Rückforderung wird verzichtet, wenn der zu Unrecht gezahlte Betrag aufgrund eines Fehlers der Regierung gezahlt wurde. Dies ist in Artikel 23 festgelegt.

Auf die Rückforderung kann verzichtet werden, wenn das Eintreiben der Beträge zu unsicher oder zu kostspielig ist. Situationen in denen Beträge einbehalten werden können, werden anders betrachtet als solche, in denen dies nicht möglich ist.

Auf die Rückforderung wird verzichtet, wenn der Empfänger verstorben ist, bevor ihm mitgeteilt wurde, dass er Beträge zu Unrecht erhalten hat.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten.

Artikel 35

Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann aufgrund von Artikel 51.1 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Beitreibung festgestellter und nicht beanstandeter nichtsteuerlicher Forderungen durch die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen vornehmen lassen.

Wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, sind Artikel 33 und 34 nicht anwendbar.

Artikel 36

Dieser Artikel sieht eine Verjährungsfrist von 5 Jahren zur Einforderung des Pflegegelds für Senioren durch den Antragsteller vor.

Artikel 37

Dieser Artikel sieht eine Verjährungsfrist von 5 Jahren zur Rückforderung des Pflegegelds für Senioren durch die Behörde vor.

Artikel 38

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretvorentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 39

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung in Ausführung der durch vorliegenden Dekretvorentwurf festgelegten Aufträge die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutzverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist. Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung der genannten Datenschutzverordnung.

Artikel 42

Insbesondere für die Daten zur Gesundheit gilt, dass die ärztliche Schweigepflicht Anwendung findet.

Außer in den in Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben h) und i) der Datenschutz-Grundverordnung und den in Artikel 34 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zum Schutz der natürlichen Personen in Bezug auf die personenbezogenen Daten vorgesehenen Ausnahmefällen ist eine Verarbeitung von Daten zur Gesundheit nicht gestattet. Im Rahmen dieses Dekretvorentwurfs scheint es wichtig, medizinische Daten verarbeiten zu können, da ansonsten etwa das Pflegegeld für Senioren nicht ausgezahlt werden könnte. Folglich entspricht dieser Artikel des Dekretvorentwurfs den in Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben h) und i) der Datenschutz-Grundverordnung und den in Artikel 34 §1 Nummern 1 und 2 des vorerwähnten Gesetzes vom 30. Juli 2018 vorgesehenen Ausnahmen.

Artikel 41

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung in Zukunft verarbeiten wird. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Artikel 42

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 43

Dieser Artikel hält fest, an welche Einrichtungen personenbezogene Daten weitergegeben werden dürfen und welchem Zweck diese Weitergabe dient.

Artikel 44

Durch diesen Artikel soll der Grundsatz festgehalten werden, dass für Analyse- und Statistikzwecke bezüglich der Anwendung des Dekretvorentwurfs auf pseudonymisierte Daten zurückgegriffen wird.

Artikel 45

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

Artikel 46

Die Artikel 46 bis 48 sehen Strafbestimmungen vor, um betrügerische Handlungen zum Erhalt von Pflegegeld für Senioren zu ahnden. In der Tat schaden solche Handlungen der gesamten Bevölkerung und setzen ihre finanziellen Interessen aufs Spiel, indem durch betrügerische Handlungen und auf missbräuchliche Weise Leistungen finanzieller Art bezogen werden, obwohl kein Anrecht auf diese besteht.

Der vorliegende Artikel sieht die Strafen bei Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden vor.

Artikel 47

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen vor.

Artikel 48

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei Betrug vor.

Artikel 49

Die strafrechtlichen Geldbußen unterliegen durch die Anwendung des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen bereits einer Zuschlagsregelung. Dieser Artikel bestimmt, dass dieselben Zuschlagsregeln auch für administrative Geldbußen Anwendung finden und somit sowohl strafrechtliche Geldbußen als auch administrative Geldbußen denselben Zuschlagsregeln unterliegen. Durch den Verweis auf das Gesetz vom 5. März 1952 lässt sich in Zukunft auch vermeiden, dass die administrativen Geldbußen jedes Mal gesondert angepasst werden müssen, wenn sich die Zuschlagsregeln für strafrechtliche Geldbußen ändern.

Artikel 50

Durch vorliegenden Artikel soll gewährleistet werden, dass bei der strafrechtlichen oder administrativen Ahndung auch die durch das Sozialstrafgesetzbuch festgelegten Regeln und Garantien gelten.

Artikel 51

Durch diesen Artikel wird verdeutlicht, dass das Arbeitsgericht für Streitfälle in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets zuständig bleibt. So ist das Arbeitsgericht zwar bereits heute für derartige Streitfälle zuständig, jedoch ist nicht sicher, ob es sich nach Übernahme der Zuständigkeit weiterhin um eine Streitsache handeln wird, die der Zuständigkeit einer gewöhnlichen Gerichtsbarkeit unterliegt. Ohne explizite Zuweisung ist es daher nicht ausgeschlossen, dass Streitsachen, die sich aus der Anwendung des vorliegenden Dekrets ergeben, dem Staatsrat vorgelegt werden können. Da es keinen Grund gibt, die Verteilung der Streitsachen unter den verschiedenen Gerichtsbarkeiten neu zu verteilen, wird das Gerichtsgesetzbuch dahingehend abgeändert, dass kein Zweifel mehr darüber

besteht, welches Gericht für Streitfälle, die sich aus der Anwendung des vorliegenden Dekrets ergeben, zuständig ist.

Artikel 52 bis 56

Durch diese Artikel sollen alle Bestimmungen in Bezug auf die im Gesetz vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung erwähnte und dem Pflegegeld für Senioren entsprechende Leistungen aufgehoben werden. Es sollen somit lediglich die Bestimmungen aufgehoben werden, die den Gemeinschaften im Rahmen der sechsten Staatsreform übertragen wurden.

Artikel 57

Dieser Artikel soll den Übergang vom alten föderalen System in das neue System der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren. Zum Vergleich des Anrechts im alten und im neuen System, sieht die Verwaltung ein Zeitfenster von 6 Monaten vor, um die Akten ordnungsgemäß zu prüfen. Das Anrecht wird trotzdem rückwirkend eröffnet.

Durch den Übergang von einem System ins andere sollen die Senioren, die bereits Anrecht auf eine Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen hatten, nicht benachteiligt werden.

Der Artikel legt fest, dass diesen Senioren, auch nach dem Übergang ins neue System, der Betrag gewährt wird, auf den sie im Dezember 2022 Anrecht hatten. Diese Leistung aus dem alten System wird grundsätzlich nur dann gewährt, wenn der Betrag vorteilhafter ist als der Betrag, den der Senior aufgrund der Bestimmungen des vorliegenden Dekretvorentwurfs erhalten würde. Verändert sich die Situation des Seniors und führt dies dazu, dass er aufgrund der Bestimmungen des vorliegenden Dekretvorentwurfs, Anrecht auf ein vorteilhafteres Pflegegeld hat, so erhält der Senior fortan den vorteilhafteren Betrag. Seine Akte unterliegt ab diesem Zeitpunkt vollständig dem neuen Regelwerk.

Artikel 58

Dieser Artikel sieht vor, dass Anträge, die ab dem 1. Dezember 2022 eingereicht werden, ab dem 1. Januar 2023 gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekretvorentwurfs bearbeitet werden. Als Ausnahme zu den neuen Bestimmungen, wird das Anrecht auf Pflegegeld nicht bereits für den Antragsmonat Dezember 2022 eröffnet, sondern erst im Januar 2023. Dies wurde so festgehalten, da der Antrag laut altem Regelwerk erst im Folgemonat zur Eröffnung eines Rechtes geführt hätte. Diese Ausnahme wurde vorgesehen, um die Übergabe der Kompetenzausführung zwischen den beiden Behörden auf administrativer Ebene zu ermöglichen.

Artikel 59

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekretvorentwurfs zum 1. Januar 2023 vor.

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über das Pflegegeld für Senioren

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Gegenstand

Das Pflegegeld ist eine nicht-zweckgebundene, finanzielle Unterstützung für Senioren mit einem Unterstützungsbedarf, welche periodisch ausgezahlt wird und darauf abzielt, die Autonomie dieser Senioren zu stärken und ihnen zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen.

Art. 2 – Personenbezeichnung

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Antragsteller: die natürliche Person, die ein Anrecht auf Pflegegeld hat, Anspruch darauf erhebt oder darauf erheben kann, ihre gesetzlichen Vertreter und ihre Bevollmächtigten sowie der tatsächliche oder potenzielle Empfänger des Pflegegelds;
2. BelRAI-Screener: wissenschaftlich fundiertes, globales Evaluationsinstrument, das auf dem internationalen "Resident Assessment Instrument" beruht. Es handelt sich um ein validiertes elektronisches Instrument, das standardisierte Informationen des Seniors mit Unterstützungsbedarf oder einer Person mit Unterstützungsbedarf generiert, um die Begleitung zu verbessern;
3. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
4. Pflegegeld: das in Kapitel 2 erwähnte Basispflegegeld und der Sozialzuschlag;
5. Senior: jede Person ab 65 Jahren, die Anrecht auf das Pflegegeld hat;
6. Teilstaaten: die flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission oder die Französische Gemeinschaftskommission;
7. Verordnung (EG) Nr. 883/2004: die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Art. 4 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf Personen, die:

1. ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
2. die in den Artikeln 7 oder 10 aufgeführten Gewährungsbedingungen erfüllen.

Vorliegendes Dekret ist ebenfalls anwendbar auf Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder in der Schweiz haben, und:

1. in eine der beiden folgenden Situationen fallen:
 - a) sie sind entweder bei einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet hat, bzw. üben auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige

Tätigkeit aus, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret, oder;

b) sie beziehen eine belgische Rente, sie waren zuletzt bei einem Arbeitgeber beschäftigt, dessen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet liegt, bzw. haben zuletzt auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret;

2. die in den Artikeln 7 oder 10 aufgeführten Gewährungsbedingungen erfüllen.

Art. 5 – Bestimmung des Wohnsitzes

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets wird der Wohnsitz einer Person wie folgt bestimmt:

1. In Belgien gilt der Ort als Wohnsitz, an dem eine Person den in Artikel 1 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen definierten Bevölkerungsregistern zufolge ihren Hauptwohntort hat oder gemäß Artikel 1 §2 desselben Gesetzes ihre Bezugsadresse hat.

2. Im Ausland gilt der Ort als Wohnsitz, der gemäß den Dokumenten des Einwohnermeldeamts oder der für Personenstandsangelegenheiten zuständigen ausländischen Behörde oder Dienststelle als solcher ausgewiesen wird.

KAPITEL 2 – PFLEGEgeld FÜR SENIOREN

Abschnitt 1 – Basispflegegeld

Art. 6 – Basispflegegeld

Die Regierung gewährt ein monatliches Basispflegegeld, dessen Betrag abhängig von der Pflegegeldkategorie des Seniors ist.

Die Regierung bestimmt pro Pflegegeldkategorie die Höhe des Basispflegegeldes.

Art. 7 – Gewährungsbedingungen

Das Basispflegegeld wird jedem Senior ab einem Alter von 65 Jahren gewährt, dem eine Pflegegeldkategorie zugewiesen wurde.

Art. 8 – Unvereinbarkeiten mit dem Basispflegegeld

Das Anrecht auf das Basispflegegeld wird für den Zeitraum, in dem der Senior:

1. eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder eine Eingliederungsbeihilfe im Sinne des Artikels 2 §§1 und 2 des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung bezieht, ausgesetzt;

2. eine Beihilfe resultierend aus einer Invalidität, einem Arbeitsunfall oder einer anerkannten Berufserkrankung bezieht, um den Betrag dieser Beihilfe gemindert.

Für die Anwendung von Absatz 1 macht der Senior seine Rechte auf folgende Leistungen geltend:

1. auf Leistungen und Entschädigungen, auf die er aufgrund der belgischen Gesetzgebung, der Gesetzgebung eines anderen Teilstaats, einer ausländischen Gesetzgebung oder aufgrund der für das Personal einer öffentlichen internationalen Einrichtung geltenden Vorschriften Anspruch haben kann und die auf einer fehlenden oder eingeschränkten

Autonomie oder auf den Artikeln 1382 und folgende des Zivilgesetzbuches über die zivilrechtliche Haftung beruhen;

2. auf Sozialzulagen bei Krankheit und Invalidität, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten, Ruhestands- und Hinterbliebenenpension sowie Einkommensgarantien für Betagte.

Die Regierung bestimmt die Art und Weise der Minderung oder Verweigerung des Basispflegegelds bei Nichteinhaltung von Absatz 2.

Abschnitt 2 – Sozialzuschlag

Art. 9 – Sozialzuschlag

Die Regierung gewährt einen monatlichen Sozialzuschlag.

Die Regierung bestimmt die Höhe des Sozialzuschlags.

Art. 10 – Gewährungsbedingungen

Der Sozialzuschlag wird jedem Senior gewährt, der:

1. Anrecht auf das Basispflegegeld hat;
2. Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung gemäß dem Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung hat.

Abschnitt 3 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 11 – Revision des Anrechts

Das Anrecht auf das Pflegegeld kann auf Antrag des Seniors oder von Amts wegen revidiert werden.

Die Regierung bestimmt:

1. in welchen Fällen ein Antrag auf Revision gestellt werden kann sowie den Zeitpunkt, ab dem die diesbezügliche Entscheidung ihre Rechtswirkung entfaltet;
2. in welchen Fällen eine Revision von Amts wegen erfolgt sowie den Zeitpunkt, ab dem die diesbezügliche Entscheidung ihre Rechtswirkung entfaltet.

Art. 12 – Indexierung

Die Regierung bestimmt die Indexierungsmodalitäten der verschiedenen Leistungen.

Art. 13 – Zeitpunkt der Eröffnung und des Erlöschens des Anrechts

Das Anrecht auf das Pflegegeld wird bei einem Erstantrag rückwirkend zum Datum der Antragstellung eröffnet, insofern zu diesem Zeitpunkt die Gewährungsbedingungen erfüllt sind.

Je nachdem, ob sich eine Änderung vorteilhaft oder nachteilhaft für den Senior auswirkt, wirken Änderungen wie folgt:

1. bei Ereignissen, die sich vorteilhaft für den Seniors auswirken: ab dem Monat, in dem dieses Ereignis stattgefunden hat;

2. bei Ereignissen, die sich nachteilig für den Senior auswirken: ab dem ersten Tag des darauffolgenden Monats.

Das Anrecht auf das Pflegegeld erlischt am ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem seine jeweiligen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Art. 14 – Zusammentreffen von gleichartigen Leistungen

Vorbehaltlich der Bestimmungen geltender Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Teilstaaten und unbeschadet der Anwendung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union wird das Pflegegeld nicht gewährt, wenn der Senior bereits eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung aufgrund anderer Gesetze, Dekrete, Ordonnanzen, verordnungsrechtlicher Bestimmungen oder aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften erhält.

Als mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistungen gelten in jedem Fall die durch die Teilstaaten in Form oder in Nachfolge der im Gesetz vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung vorgesehenen Beihilfe zur Unterstützung von Betagten gewährten Leistungen.

Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung neben den dort vorgesehenen vergleichbaren Leistungen weitere mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung festlegen und verdeutlichen.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten bei Zusammentreffen von mit dem Pflegegeld vergleichbaren Leistungen.

KAPITEL 3 – BESTIMMUNG DER PFLEGEGELDKATEGORIEN

Art. 15 – Pflegegeldkategorien

Die Pflegegeldkategorien sind abhängig vom Grad der Beeinträchtigung der Autonomie des Seniors und werden wie folgt eingeteilt:

1. Pflegegeldkategorie 1: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI Screeners in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 3 erreicht wird.

2. Pflegegeldkategorie 2: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI Screeners ein Wert zwischen 6 und 12,99 erreicht wird;

3. Pflegegeldkategorie 3: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 oder in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 6 erreicht wird;

4. Pflegegeldkategorie 4: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 und mindestens ein Wert zwischen 5 und 18 in den Modulen Kognition, Psychische Störungen und Verhaltensstörungen erreicht wird.

Die Dienststelle bestimmt den Unterstützungsbedarf auf Grundlage des BelRAI-Screeners.

Die Regierung bestimmt das Verfahren, gemäß dem die Dienststelle den Unterstützungsbedarf bestimmt.

KAPITEL 4 – GEWÄHRUNGS- UND RÜCKFORDERUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 16 – Abweichung von der Charta des Sozialversicherten

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind in Abweichung der Bestimmungen des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten anwendbar.

Abschnitt 2 – Anträge

Art. 17 – Einreichen des Antrags

Das Pflegegeld wird auf Antrag ausgezahlt.

Die Regierung übermittelt dem Antragsteller eine Empfangsbestätigung oder die Bestätigung, dass sein Anrecht untersucht wird, oder händigt ihm diese Bestätigungen aus. Jede Empfangsbestätigung muss die vorgesehene Frist für die Bearbeitung des Antrags sowie die zu berücksichtigende Verjährungsfrist enthalten. Eine Zahlung oder eine Bitte um zusätzliche Auskünfte gilt als Empfangsbestätigung.

Die Regierung bestimmt:

1. den Inhalt des Antrags auf Pflegegeld;
2. die Form und die Art und Weise der Antragstellung;
3. in welchen Fällen, durch wen und wie eine Revision beantragt und bearbeitet werden kann.

Art. 18 – Bearbeitung des Antrags

Die Regierung trägt bei der Bearbeitung des Antrags auf eigene Initiative alle notwendigen Auskünfte zusammen, um die Rechte des Seniors beurteilen zu können. In Ermangelung dieser Auskünfte fordert sie diese gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, beim Antragsteller ein.

Wenn der Antragsteller diese Auskünfte nicht innerhalb eines Monats erteilt, werden ihm zwei Erinnerungsschreiben zugesandt. Wenn der Antragsteller die beantragten zusätzlichen Auskünfte trotz Erinnerungsschreiben nach mehr als einem Monat ab Versand des zweiten Erinnerungsschreibens immer noch nicht erteilt hat lehnt die Regierung den Antrag ab, es sei denn, der Antragsteller gibt einen Grund an, der eine längere Beantwortungsfrist rechtfertigt.

Die Regierung bestimmt das weitere Bearbeitungsverfahren und insbesondere:

1. die Art und Weise, wie und durch wen der Antrag bearbeitet wird;
2. welche Informationen der Antragsteller bei einer Veränderung seiner Situation in welcher Form und in welcher Frist er sie beibringt.

Abschnitt 3 – Beschlüsse

Art. 19 – Frist zur Beschlussfassung

Die Regierung fasst ihren Beschluss innerhalb von 60 Werktagen nach Empfang des in Artikel 17 erwähnten Antrags.

Wenn die Regierung innerhalb dieser Frist keinen Beschluss fassen kann, setzt sie den Antragsteller davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung. Die Beschlussfassungsfrist wird dadurch nicht verlängert.

Erfordert der Antrag den Rückgriff auf eine Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, wird dieser durch die Regierung vorgenommen. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

Die Beschlussfassungsfrist wird ausgesetzt, solange der Antragsteller oder eine Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, der Regierung nicht alle von ihr beantragten Auskünfte, die für die Beschlussfassung notwendig sind, erteilt hat.

Art. 20 – Notifizierung von Beschlüssen

Die Regierung setzt die betroffenen Personen spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Unbeschadet der Anwendung anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen erfolgt die Notifizierung schriftlich an den Antragsteller.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten und Fristen für die Notifizierung;
2. die Fälle, in denen die Notifizierung nicht erfolgen muss oder in denen sie zum Zeitpunkt der Ausführung stattzufinden hat;
3. die Fälle, in denen die Notifizierung per Einschreiben erfolgt.

Art. 21 – Berechnungsmodus

In Beschlüssen über die Gewährung des Pflegegeldes, die sich auf Geldbeträge beziehen, wird vermerkt, wie diese Beträge berechnet worden sind.

Die Regierung legt die Pflichtvermerke fest, die auf den Zahlungsformularen stehen müssen.

Art. 22 – Inhaltliche Vorgaben der Beschlüsse

§1 – Die Notifizierung von Beschlüssen über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegeldes enthält folgende Vermerke:

1. die Möglichkeit, beim zuständigen Gericht Einspruch einzureichen;
2. die Adresse der zuständigen Rechtsprechungsorgane;
3. die im Fall eines Einspruchs zu respektierenden Fristen und Modalitäten;
4. den Inhalt der Artikel 728 und 1017 des Gerichtsgesetzbuches;
5. die Kennzeichnung der Akte und die Angaben des Mitarbeiters oder des Dienstes, der sie verwaltet;
6. die Möglichkeit, bei dem Dienst, der die Akte verwaltet, oder bei einem dazu bestimmten Informationsdienst jegliche Erklärung betreffend den Beschluss zu erhalten.

Enthält die Notifizierung die in Absatz 1 vorgesehenen Vermerke nicht, laufen die in den Artikeln 25 und 36 erwähnten Einspruchsfristen nicht an.

§2 - Die Notifizierung von Beschlüssen zur Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Leistungen enthält zusätzlich zu den in §1 erwähnten Vermerken folgende Angaben:

1. die Feststellung, dass Beträge zu Unrecht gezahlt wurden;
2. den Gesamtbetrag der zu Unrecht ausgezahlten Beträge sowie den Berechnungsmodus;
3. den Inhalt der Bestimmungen, gegen die die Zahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags verstößt, mit den entsprechenden Verweisen;
4. die berücksichtigte Verjährungsfrist;
5. gegebenenfalls die Möglichkeit für die Regierung, auf die Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge und auf das in diesem Fall zu befolgende Verfahren zu verzichten;
6. die Möglichkeit, einen mit Gründen versehenen Vorschlag für eine Rückzahlung in Teilzahlungen vorzulegen.

Enthält die Notifizierung die in Absatz 1 vorgesehenen Vermerke nicht, läuft die in Artikel 37 erwähnte Einspruchsfrist nicht an.

Art. 23 – Fehlerhafte Beschlüsse

Wird festgestellt, dass der Beschluss einen rechtlichen oder materiellen Irrtum aufweist, fasst die Regierung auf eigene Initiative einen neuen Beschluss, der an dem Datum wirksam wird, an dem der fehlerhafte Beschluss hätte wirksam werden müssen, und dies unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen.

Unbeschadet des Artikels 24 wird der neue Beschluss im Fall eines Irrtums der Regierung ab dem Folgemonat seiner Notifizierung wirksam, wenn das Anrecht auf das Pflegegeld geringer ist als das ursprünglich gewährte Anrecht.

Absatz 2 findet keine Anwendung, wenn der Antragsteller:

1. weiß oder wissen musste, dass er kein Anrecht oder kein Anrecht mehr auf den Gesamtbetrag einer Leistung hat;
2. nicht alle aus seinen früheren Verpflichtungen hervorgehenden oder durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung vorgeschriebenen Erklärungen geleistet hat.

Art. 24 – Rücknahme und Neufassung von Beschlüssen

Unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen kann die Regierung innerhalb der Frist für das Einreichen einer Rechtsklage oder eines Einspruchs bei dem zuständigen Rechtsprechungsorgan oder, wenn bereits eine Rechtsklage oder Einspruch eingereicht worden ist, bis zur Schließung der Verhandlungen ihren Beschluss rückgängig machen und einen neuen Beschluss fassen, wenn:

1. an dem Tag, an dem die Leistung eingesetzt hat, das Anrecht durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung abgeändert worden ist;
2. ein neuer Umstand oder neues Beweismaterial, die Auswirkungen auf die Anrechte des Antragstellers haben, im Laufe des Verfahrens geltend gemacht werden.

Art. 25 – Einspruchsmöglichkeit

Der Antragsteller kann Einspruch gegen Beschlüsse über die Gewährung oder die

Ablehnung seines Antrags auf Pflegegeld oder gegen einen Beschluss über eine Revision oder Revision von Amts wegen bei der Regierung einreichen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Regierung bestimmt die Einspruchsfrist und die weiteren Modalitäten des Einspruchsverfahrens.

Abschnitt 4 – Auszahlung

Art. 26 – Auszahlungsmodalitäten

§1 – Unter Berücksichtigung von Artikel 19 erfolgt die Zahlung des Pflegegeldes im Laufe des Monats, auf den es sich bezieht.

Die Regierung bestimmt das Datum der Auszahlung des Pflegegeldes.

§2 – Die Leistungen werden auf ein Konto des Empfängers, dessen Kontonummer im SEPA-Format ausgegeben ist, überwiesen.

Bei dem in Absatz 1 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Seniors eröffnet wurde.

Art. 27 – Verspätete Auszahlung

Erfolgt die Zahlung des Pflegegeldes nicht ab dem in Artikel 26 vorgesehenen Zeitpunkt, setzt die Regierung den Antragsteller unbeschadet seines Rechts, die Sache vor die zuständigen Rechtsprechungsorgane zu bringen, davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung.

Solange die Zahlung nicht erfolgt ist, wird der Antragsteller monatlich über die Gründe dieser Verspätung informiert.

Art. 28 – Aussetzung der Auszahlung

Unbeschadet des in Artikel 31 erwähnten Rechts auf Rückforderung kann die Auszahlung bei ernsthaften und übereinstimmenden Anhaltspunkten, dass die Informationen, die der Antragsteller zum Erhalt des Pflegegeldes übermittelt hat, auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen zurückgehen oder falsch sind, ausgesetzt werden. Diese Aussetzung kann so lange aufrechterhalten werden, bis der Verdacht nicht mehr besteht, jedoch höchstens sechs Monate, wobei die Frist einmal erneuert werden kann.

Art. 29 – Verrechnung mit ausländischen Sachleistungen

Unbeschadet der im deutschen Sprachgebiet geltenden Bestimmungen der internationalen Abkommen und europäischen Verordnungen über die soziale Sicherheit wird der Betrag des Pflegegeldes um den Betrag gleichartiger Sachleistungen reduziert, die der Senior in Anwendung anderer ausländischer Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen oder aufgrund der auf das Personal einer völkerrechtlichen Einrichtung anwendbaren Regeln eröffnet, selbst wenn die Gewährung dieser Leistungen aufgrund der vorerwähnten Bestimmungen oder Regeln als Ergänzung zum Pflegegeld, die in Anwendung des vorliegenden Dekrets gewährt werden, gilt.

Die Regierung bestimmt die Höhe des provisorisch auszahlenden Differenzbetrags des

Pflegegeldes für die Fälle, in denen die Höhe des Betrags der ausländischen Sachleistungen noch nicht bekannt ist.

Art. 30 – Überschreitung der Beschlussfassungsfrist

Wird der in Artikel 19 erwähnte Beschluss durch Verschulden der Regierung nicht innerhalb der dort vorgegebenen Frist gefasst, bringen die Leistungen dem anspruchsberechtigten Antragsteller von Rechts wegen spätestens ab dem Ablauf dieser Beschlussfassungsfrist und frühestens ab dem Datum ihrer Fälligkeit Zinsen ein. Der anwendbare Zinssatz beträgt 1,75 Prozent pro Jahr auf die geschuldeten Leistungen.

Die in Absatz 1 erwähnten Zinsen werden nicht geschuldet, wenn Vorschüsse gezahlt werden und der endgültige Beschluss von Informationen abhängt, die vom Antragsteller selbst oder von einer Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, erteilt werden müssen.

Art. 31 – Vorschüsse

Das Pflegegeld kann in Form eines Vorschusses gezahlt werden.

Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen, unter denen ein Vorschuss gezahlt werden kann;
2. wie, durch wen und bis zu welchem Betrag Vorschüsse gewährt werden können;
3. die Art und Weise, wie die Vorschüsse mit dem gewährten Pflegegeld verrechnet werden.

Abschnitt 5 – Rückforderung

Art. 32 – Bedingungen

Wenn die Regierung feststellt, dass das Pflegegeld zu Unrecht ausgezahlt wurde, fordert sie dieses zurück. Das Pflegegeld gilt als zu Unrecht ausgezahlt, wenn:

1. die Informationen, die zum Erhalt des Pflegegeldes geführt haben, betrügerisch oder falsch sind;
2. der Senior Pflegegeld aufgrund des vorliegenden Dekrets bezogen hat, obwohl er nicht oder nicht mehr in dessen Anwendungsbereich fällt.

Absatz 1:

1. ist nicht anwendbar bei Versterben des Seniors;
2. gilt unbeschadet der Anwendung von Artikel 35.

Art. 33 – Verfahren

Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches ist anwendbar auf Rückforderungen von zu Unrecht ausgezahlten Leistungen. Unter Berücksichtigung von Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches wird das Pflegegeld zurückgefordert, indem noch ausstehende Leistungen ganz oder teilweise einbehalten werden.

Wenn die Beträge nicht gemäß Absatz 1 zurückgefordert werden konnten, fordert die Regierung die zu Unrecht ausgezahlten Leistungen beim Senior ein. In Ermangelung einer Rückzahlung leitet die Regierung gerichtliche Schritte zur Rückforderung der Beträge gegen den Senior ein.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten der Aufforderung zur Rückzahlung;
2. die Modalitäten und Fristen für die Einleitung der gerichtlichen Schritte.

Art. 34 – Nichteintreibung

§1 – Erweist sich die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge als technisch nicht möglich, kann die Regierung in den von ihr bestimmten Fällen die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§2 – Sind die Eintreibungskosten für die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge höher als die einzutreibenden Beträge, kann die Regierung in den von ihr festgelegten Grenzen entweder von gerichtlichen Schritten zur Rückforderung dieser Beträge oder von der Rückforderung dieser Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

Die Regierung kann in den von ihr festgelegten Grenzen von der Rückforderung geringer Beträge absehen, wenn diese Beträge nicht durch Einbehaltung auf die noch ausstehenden Leistungen zurückgefordert werden können.

§3 – Die Regierung kann aus sozialen Gründen zurückzufordernde Beträge ganz oder teilweise als nicht eintreibbar erklären, wenn:

1. der Antragsteller einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt;
2. der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf einen auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 23 Absatz 3 erwähnte Verfehlung des Antragstellers zurückgeht.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des Verzichts auf Rückforderung aus sozialen Gründen.

§4 – Außer bei Betrug, arglistiger Täuschung oder betrügerischen Handlungen werden zurückzufordernde Beträge von Amts wegen als nicht eintreibbar erklärt, wenn die Person, an die sie gezahlt worden sind, verstorben ist und die Rückforderung ihr zum Zeitpunkt ihres Todes noch nicht notifiziert wurde.

§5 – Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Beträge nicht zurück, wenn die Auszahlung auf einen Fehler der Regierung zurückgeht.

Art. 35 – Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Die zurückzufordernden Beträge können gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigeschrieben werden.

In diesem Fall sind die Artikel 33 und 34 nicht anwendbar.

Abschnitt 6 – Verjährung

Art. 36 – Verjährungsfrist für die Einforderung des Pflegegelds

§1 – Anträge und Rechtsklagen von Personen, denen das Pflegegeld zusteht oder ausbezahlt werden muss, werden innerhalb einer Frist von fünf Jahren, gerechnet ab dem

ersten Tag des Monats in dem das Anrecht eröffnet wird, eingereicht.

§2 – Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch Versendung eines Antrags oder eines Einspruchs per Post, per Fax oder per elektronische Post an die Regierung oder durch Hinterlegung eines solchen Antrags bzw. eines solchen Einspruchs bei der Regierung unterbrochen. Die Unterbrechung wird wirksam am Datum des Einschreibens, wobei das Datum des Poststempels zählt, oder, in Ermangelung dessen, am Datum der Empfangsbescheinigung, die die Regierung der Person, die die Leistungen beantragt oder Anspruch darauf erhebt, ausstellt.

Die Unterbrechung gilt für fünf Jahre. Sie kann erneuert werden.

Art. 37 – Verjährungsfrist für die Rückforderung des Pflegegelds

Unrechtmäßig ausgezahltes Pflegegeld kann nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats, auf den sich die unrechtmäßige Zahlung bezogen hat, nicht mehr zurückgefordert werden.

Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch die Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beträge, die dem Schuldner per Einschreiben übermittelt wird, unterbrochen.

KAPITEL 5 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 38 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 39 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 40 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 41 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung verantwortlich. Die Regierung gilt für ihre Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der in den Kapitel 2, 3, und 4 aufgeführten Aufgaben. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 40 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.

Art. 41 – Datenkategorien

Für die Ausführung ihrer Aufträge gemäß Artikel 39 Absatz 2 können die Regierung und

die anderen an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligten Personen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. in Bezug auf den Senior:
 - a) Daten zur Identität, zum Alter und Kontaktangaben;
 - b) die Daten zur Gesundheit;
 - c) Daten zum Versicherungsstatus;
 - d) Kontodaten;
 - e) Daten über die Inanspruchnahme einer Langzeitunterbringung in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren;
 - f) Daten zu Versicherungsleistungen im Ausland;
 - g) Daten zu Beihilfen im Inland;
2. Daten zur Identifizierung des Antragstellers oder der bevollmächtigten Kontaktperson des Antragstellers.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 42 – Dauer der Datenverarbeitung

Die in Artikel 41 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:

1. für einen Senior, der nie tatsächlich Anrecht auf die Aufzahlung des Pflegegeldes hatte, während 5 Jahren nach dem Ende des Monats, in dem der Antrag auf Pflegegeld gestellt wurde;
2. für einen Senior, der Anrecht auf die Auszahlung des Pflegegeldes hatte, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem zum letzten Mal Anrecht bestand;
3. für einen Senior, für den ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem das Verfahren beendet wurde.

Art. 43 – Weitergabe an Dritte

Folgende personenbezogene Daten können an die in Absatz 2 erwähnten Einrichtungen übermittelt werden:

1. in Bezug auf den Senior:
 - a) Daten zur Identität, zum Alter und Kontaktangaben;
 - b) die Daten zur Gesundheit;
 - c) Daten zum Versicherungsstatus;
 - d) Daten zum Pflegegeld;
 - e) Kontodaten;
2. Daten zur Identifizierung des Antragstellers oder der bevollmächtigten Kontaktperson des Antragstellers.

Die in Absatz 1 erwähnten Daten werden folgenden Einrichtungen und Behörden zu folgenden Zwecken übermittelt:

1. öffentlichen Sozialhilfezentren für folgende Zwecke:
 - a) insofern der Senior die Zahlung eines Vorschusses auf das Pflegegeld über ein öffentliches Sozialhilfezentrum beantragt hat zwecks Auszahlung des Vorschusses;
 - b) insofern ein öffentliches Sozialhilfezentrum den Senior begleitet oder betreut zwecks Information, dass ein Anrecht auf Pflegegeld besteht;
2. ausländischen Versicherungsträgern im Rahmen des Abgleichs von Rechten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004;
3. der zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit im Fall der Eröffnung des Anrechts zwecks Übermittlung der Daten an Einrichtungen und Behörden, die durch oder aufgrund

eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, sofern diese Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses der betreffenden Behörden oder Einrichtungen erforderlich ist und insofern dies für die Eröffnung von abgeleiteten Rechten aus dem Pflegegeld, für ausschließende Rechte oder für die Begleitung und Betreuung des Seniors im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erforderlich ist.

Art. 44 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf pseudonymisierte Daten über die Anzahl bearbeiteter Anträge zurück. Diese sind aufgeteilt nach:

1. Gewährung und Ablehnung nach Leistung;
2. Alter und Pflegegeldkategorie der Senioren.

Art. 45 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 6 – STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 46 - Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden

Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen bzw. durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;
2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;
3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;
4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Art. 47 – Unrichtige oder unvollständige Erklärungen

Wird gemäß Artikel 46 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;
2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;

3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 46 erwähnten Urkunde bzw. Handlung eine Leistung, auf die er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.

Art. 48 – Betrug

Wird gemäß Artikel 46 bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, einer nicht bestehenden Einrichtung oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

Art. 49 – Zuschlagzehntel

Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auf die im vorliegenden Abschnitt erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Im Fall einer administrativen Geldbuße gibt die Regierung in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes vom 5. März 1952 und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

Art. 50 – Bei der Ahndung der Verstöße anwendbare Regeln

Bei der Ahndung der in vorliegendem Abschnitt erwähnten Verstöße sind die Bestimmungen aus Buch I Titel 6 Kapitel 3 und 4 des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 51 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 580 Nummer 8 des Gerichtsgesetzbuches vom 10. Oktober 1967, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. April 2018, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:
„g) des Dekrets vom *** über das Pflegegeld für Senioren;“

Art. 52 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Dezember 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, werden die Wortfolgen „et l'allocation pour l'aide aux personnes âgées“ und „en de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden“ jeweils gestrichen.

Art. 53 – Abänderungsbestimmung

Artikel 2 §3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 54 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6 §3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 55 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 §1 Absatz 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004, werden die Wortfolgen „ou d'une allocation pour l'aide aux personnes âgées“ und „of een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden“ jeweils gestrichen.

Art. 56 – Abänderungsbestimmung

Artikel 8 §1 Absatz 4 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 57 – Übergangsbestimmung

Senioren, die im Dezember 2022 eine Beihilfe zur Unterstützung von Betagten aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung erhalten, erhalten ab dem 1. Januar 2023 weiterhin den Betrag, auf den sie aufgrund von Artikel 6 §3 desselben Gesetzes Anrecht hatten.

Dieser Betrag ist nicht mehr den in Artikel 6 §5 desselben Gesetzes und nicht den aufgrund des Artikels 12 festgelegten Indexierungsmodalitäten unterworfen.

Dieser Betrag wird anstelle der aufgrund der Artikel 6 und 9 gewährten Leistungen gezahlt, bis die Summe der aufgrund der Artikel 6 und 9 erwähnten Leistungen, auf die der in Absatz 1 erwähnte Senior Anrecht hat, vorteilhafter ist als der in Absatz 1 ermittelte Betrag.

Die Prüfung, welcher Betrag mit Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets vorteilhafter im Sinne von Absatz 3 ist, erfolgt spätestens bis zum 30. Juni 2023. Bis zur Durchführung dieser Prüfung wird der in Absatz 1 erwähnte Betrag weitergezahlt. Sollte die Prüfung ergeben, dass die in den Artikeln 6 und 9 erwähnten Leistungen in diesem Zeitraum vorteilhafter waren, nimmt die Regierung eine entsprechende Nachzahlung vor.

Sobald eine der in Absatz 3 erwähnten Situationen eintritt, werden die aufgrund der Artikel 6 und 9 gewährten Leistungen gemäß den in vorliegendem Dekret festgelegten Modalitäten ausgezahlt.

Art. 58 – Übergangsbestimmung

Alle Anträge auf eine Beihilfe zur Unterstützung von Betagten, die ab dem 1. Dezember 2022 eingereicht werden, werden ab dem 1. Januar 2023 gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets bearbeitet, wobei das Anrecht auf Pflegegeld erst ab dem 1. Januar 2023 eröffnet wird.

Art. 59 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Antonios
Antoniadis



Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2021.12.16
10:45:41 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

**GUTACHTEN DER DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR
SELBSTBESTIMMTES LEBEN**

GUTACHTEN DES BEIRATES FÜR DIE SENIORENUNTERSTÜTZUNG

GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE HET ZORGBUDGET VOOR OUDEREN

INHOUD

Bij dit voorontwerp van decreet wordt de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden herzien. De Duitstalige Gemeenschap is voor die materie bevoegd geworden in het kader van de Zesde Staatshervorming en schept daartoe nu een nieuwe en eenvormige rechtsgrondslag.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Opmerkingen bij het advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven	6
Opmerkingen bij het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen..	8
Opmerkingen bij het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit	9
Bespreking van de artikelen	10
Voorontwerp	20

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In het kader van de Zesde Staatshervorming werd de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor de vormgeving en uitbetaling van de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden.

De huidige tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden is een financiële ondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte. De tegemoetkoming wordt uitbetaald in de vorm van een maandelijkse rente. Die tegemoetkoming dient enerzijds om de kosten in verband met het verlies van zelfstandigheid te verzachten en anderzijds om de zelfredzaamheid van hulpbehoevende ouderen te versterken en ertoe bij te dragen dat ze een zelfbeschikkend leven kunnen leiden.

Dit voorontwerp van decreet schept een nieuwe en eenvormige rechtsgrondslag voor de 'tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden' die nu 'zorgbudget voor ouderen' wordt genoemd. Dat 'zorgbudget voor ouderen' blijft een solidariteitsregeling die meer steun biedt aan ouderen met een laag inkomen.

Toekenningsvoorwaarden

Om in aanmerking te komen voor het zorgbudget voor ouderen, moet betrokkene de wettelijke pensioenleeftijd hebben bereikt die momenteel is vastgesteld op 65 jaar. Bovendien moet de oudere ingeschreven zijn in het Belgische rijksregister, zijn officiële woonplaats hebben in het Duitse taalgebied (gemeenten met postcode 4700-4799) en sociaal verzekerd zijn in België of recht hebben op het zorgbudget voor ouderen van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004. Het zorgbudget voor ouderen kan alleen worden toegekend als er behoefte aan ondersteuning bestaat. Die behoefte wordt bepaald aan de hand van de screening die de Dienst voor zelfbeschikkend leven met de BelRAI-screener uitvoert.

Het recht op zorgbudget voor ouderen

Tot nu toe vond een ingewikkelde analyse van het gezinsinkomen van de oudere plaats om het bedrag van de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden individueel te berekenen. Dit voorontwerp van decreet heeft tot doel het berekeningsmodel te vereenvoudigen en het systeem uit administratief oogpunt transparanter en voor de oudere begrijpelijker te maken.

Het basiszorgbudget

In het nieuwe systeem worden verschillende zorgbudgetcategorieën bepaald op basis van de waarden uit de BelRAI-screener. Per categorie wordt een vast bedrag voor het basiszorgbudget bepaald.

In het huidige systeem wordt het recht op een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden geopend in de maand na de aanvraag. Dit zal in het nieuwe systeem veranderen, aangezien het recht op zorgbudget voor ouderen geopend wordt in de maand van de aanvraag.

Als de situatie van de oudere verandert, kan dit leiden tot nabetalingen of terugvorderingen. Onder verandering wordt bijvoorbeeld verstaan: de evolutie van de ondersteuningsbehoefte die door een nieuwe BelRAI-screener wordt vastgesteld of de verandering van het statuut van rechthebbende op de verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging. De nieuw

toegewezen categorie geldt met terugwerkende kracht tot de maand waarin één van de parameters is gewijzigd.

De maand na het overlijden van de oudere houdt het recht op zorgbudget voor ouderen op.

De sociale bijslag

Ouderen die recht hebben op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging ontvangen een sociale bijslag bovenop hun basiszorgbudget.

Het statuut van rechthebbende op de verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging wordt toegekend door het ziekenfonds op basis van een analyse van het gezinsinkomen.

De procedure

Het voorontwerp van decreet bevat bepaalde procedurevoorschriften om het zorgbudget voor ouderen te ontvangen en een ten onrechte uitbetaald zorgbudget terug te vorderen. Die procedureregels hebben tot doel verscheidene rechten van de oudere te bepalen en te beschermen.

Voor de uitvoering van de taken die in dit voorontwerp van decreet worden beschreven, heeft de Regering verschillende gegevens over de betrokken ouderen nodig. De Regering verzamelt die gegevens op eigen initiatief. Om het recht op het zorgbudget voor ouderen doeltreffend en grondig te beoordelen, doet ze zo veel mogelijk een beroep op elektronische gegevens die ze via de authentieke bronnen ontvangt. Dit maakt de aanvraag eenvoudig. Bij het gebruik van die elektronische gegevens houdt de Regering zich strikt aan de wetgeving inzake bescherming van de persoonsgegevens. Zoals in de verordening wordt geëist, verzamelt ze alleen de gegevens die noodzakelijk zijn.

De overgang

Er zal een overgangsregeling komen voor alle ouderen die een tegemoetkoming ontvangen. Die overgangsregeling legt voor elke oudere vast welk bedrag hij vóór de invoering van dit decreet ontving.

De oudere zal in geen geval minder ontvangen dan vóór de inwerkingtreding van dit decreet.

De overstap naar de nieuwe zorgbudgetregeling vindt alleen plaats als het zorgbudget gunstiger is dan de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden. Of het zorgbudget voordeliger is, wordt zowel bij de invoering van het nieuwe systeem als daarna onderzocht.

Het standstill-principe

Artikel 23 van de Grondwet bepaalt dat ieder het recht heeft een menswaardig leven te leiden. Om dat mogelijk te maken, moet elke wetgever de economische, sociale en culturele rechten waarborgen en de voorwaarden voor de uitoefening van die rechten bepalen. Ook het recht op tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden behoort tot die grondwettelijk verankerde rechten die elke wetgever moet waarborgen.

Op die manier moet worden veiliggesteld dat de voordelen waarin de federale wetgeving thans voorziet, gehandhaafd worden na de overdracht van de bevoegdheid aan de gemeenschappen. Be-doeling is dat een aanzienlijke achteruitgang niet mogelijk wordt. In die context spreekt men van een

zogenaamde standstill-verplichting. Die standstill-verplichting houdt echter alleen in dat het in de Grondwet verankerde recht op zijn minst op gelijkwaardige wijze gewaarborgd moet worden en dat de bevoegde wetgever zelf kan beslissen welke wijze hij passend acht om die rechten te waarborgen.

Dit voorontwerp van decreet herzielt de tot nu toe geldende federale regels. Het recht op een zorgbudget voor ouderen blijft echter ook in de nieuwe regeling van de Duitstalige Gemeenschap op zijn minst op een gelijkwaardig niveau gewaarborgd.

De invoering van een nieuw systeem leidt onvermijdelijk tot veranderingen. De belangrijkste verandering is de berekeningsmethode door het gebruik van de BelRAI-screener om een holistische inschatting van de ondersteuningsbehoefte te maken en om het statuut van rechthebbende op de verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging te kennen. De exacte bedragen zullen in een besluit worden verankerd.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VAN BESTUUR VAN DE DIENST VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN

De raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven (hierna: Dienst voor zelfbeschikkend leven) heeft op 3 september 2021 een advies gegeven over het voorontwerp van decreet.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven juicht het gebruik van de BelRAI-screener voor de indeling in een zorgbudgetcategorie toe. Hij zou echter graag hebben dat de toegepaste drempelwaarden overeenstemmen met de ondersteuningscategorieën in de woonzorgcentra voor ouderen (hierna: WZCO), omdat dit anders tot onbegrip bij de burger zou leiden. Indien deze oplossing niet de voorkeur krijgt, wijst de Dienst voor zelfbeschikkend leven erop dat bij de invoering van het nieuwe zorgbudgetstelsel goed moet worden gecommuniceerd en goed moet worden gemotiveerd waarom die categorieën niet met elkaar overeenstemmen.

De drempelwaarden die voor de zorgbudgetcategorieën werden gekozen, stemmen niet voor 100% overeen met de ondersteuningscategorieën in de WZCO, maar zijn er wel mee verenigbaar:

1. zorgbudgetcategorie 1: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 3 bereikt wordt.
2. zorgbudgetcategorie 2: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 6 en 12,99 bereikt wordt. Die zorgbudgetcategorie stemt overeen met de categorie 'geringe ondersteuning' in de WZCO.
3. zorgbudgetcategorie 3: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 bereikt wordt of als in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 6 bereikt wordt. Die zorgbudgetcategorie stemt overeen met de categorie 'extra ondersteuning' in de WZCO.
4. zorgbudgetcategorie 4: deze zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 en minstens een waarde tussen 5 en 18 wordt bereikt in de modules cognitie, psychische stoornissen en gedragsstoornissen.

Deze indeling is een mengeling van de resultaten van een studie uitgevoerd in Vlaanderen door de KU Leuven die tot doel had om via de BelRAI-screener drempelwaarden voor de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden te bekomen en de ondersteuningscategorieën in de WZCO van de Duitstalige Gemeenschap die reeds vastgelegd zijn in het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 augustus 2020.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven merkt in zijn advies op dat voor personen die tot dusver een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden hebben ontvangen, maar voor wie de Dienst voor zelfbeschikkend leven om uiteenlopende redenen de behoefte aan ondersteuning of de mate van autonomiebeperking nog niet op basis van de BelRAI-screener heeft vastgesteld, een ongelijke behandeling kan ontstaan als de aanvragen na de overname op een gegeven moment sterk toenemen en niet binnen een redelijke termijn kunnen worden verwerkt (voor personen die reeds een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden ontvangen en die reeds een BelRAI-classificatie hebben, kan de matching automatisch plaatsvinden). Deze extra verwerkingsinspanningen moeten over een langere periode worden gespreid en mogen geen nadelen voor de aanvragers inhouden.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven moet zelf inschatten welke extra werklast daardoor op hem toekomt. Er zullen samen oplossingen worden uitgewerkt, zodat er geen vertragingen ontstaan. Hierbij moet echter ook worden opgemerkt dat de aanvrager geen nadeel ondervindt als er wel vertragingen ontstaan bij het werken met de BelRAI-screener. Indien de aanvraag van de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden zou worden ingediend vóór 30 november 2022, zou de tegemoetkoming door de FOD Sociale Zekerheid berekend worden volgens de oude reglementering en zou het berekende bedrag overgenomen worden door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap tot de nieuwe reglementering gunstiger is voor de oudere.

Een andere ongelijke behandeling kan zich volgens de Dienst voor zelfbeschikkend leven voordoen wanneer de WZCO-zorgbudgetcategorie lager is dan de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden, dat wil zeggen wanneer de hogere tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden ondanks de verhuizing naar een woonzorgcentrum voor ouderen wordt doorbetaald en dus nieuwere aanvragers minder ontvangen, hoewel zij zich in dezelfde situatie bevinden die volgens de memorie van toelichting tot de invoering van een specifieke WZCO-zorgbudgetcategorie heeft geleid.

De WZCO-zorgbudgetcategorie die in het voorontwerp van decreet (vroegere artikelen 9 en 10) vervat was, is intussen geschrapt. Daardoor wordt de opmerking van de Dienst voor zelfbeschikkend leven zonder voorwerp.

Wat de overgangsbepaling van artikel 58 betreft, wijst de Dienst voor zelfbeschikkend leven erop dat zowel voor de concrete en technische uitvoering als voor de externe communicatie een klein draaiboek voor alle betrokkenen moet worden ontwikkeld, waarin ook wordt geregeld hoe de voorspelbare en onvermijdelijke bijzondere situaties zullen worden aangepakt. Die overgangsbepaling gaat ervan uit dat alle ontvangen aanvragen tijdig worden behandeld. Volgens de Dienst voor zelfbeschikkend leven bestaat het risico dat sommige aanvragen bij de federale overheid ook nog in de loop van 2023 zullen worden afgerond. In de tussentijd kan echter een BelRAI-screener zijn uitgevoerd die voor de betrokkene niet noodzakelijk gunstiger zou zijn in de zin van artikel 57.

Er is een samenwerkingsakkoord tussen de FOD Sociale Zekerheid en het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in de maak om dergelijke situaties te voorkomen. Mochten er zich toch vertragingen voordoen in de behandeling van de aanvragen, dan is de FOD Sociale Zekerheid ertoe verplicht en zal hij alles eraan doen om de situatie zo snel mogelijk in orde te brengen en om het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap van zijn beslissing op de hoogte te brengen.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven wijst er ook op dat de FOD Sociale Zekerheid nog andere rechten afleidt uit de inschatting die wordt gemaakt om de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden toe te kennen. De beslissingsgrondslag voor die andere rechten wordt hierbij eenzijdig door de Duitstalige Gemeenschap gewijzigd. De automatische toekenning zou dus niet meer mogelijk zijn.

In dit verband is een brief aan Eerste Minister De Croo gezonden waarin hem wordt gevraagd om het verzoek door te geven aan de bevoegde instanties. Intussen zijn al verschillende antwoorden

binnengekomen en wordt samen naar oplossingen gezocht. Een van de voorgestelde oplossingen zou erin bestaan artikel 135 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen te laten wijzigen in die zin dat de BelRAI-screener als toetsingsinstrument zou worden geïntegreerd. De FOD Financiën zal hierover overleg plegen met de FOD Sociale Zekerheid om af te spreken of het wenselijk is de bepaling van de fiscale wetgeving aan te passen. Uiteindelijk is het echter de taak van de Federale Staat om ervoor te zorgen dat de rechten die tot nu toe uit de wet van 27 februari 1987 worden afgeleid, ook in de toekomst uit de toepassing van het onderhavige decreet kunnen worden afgeleid.

Een van die afgeleide rechten is het recht op verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging dat kan worden geopend door het ziekenfonds. In het huidige systeem is deze verhoogde tegemoetkoming een afgeleid recht van de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden. Opdat dit recht op billijke wijze zou blijven bestaan, zouden de toekenningsvoorwaarden in de verschillende deelstaten vergelijkbaar moeten blijven met die welke in het federale stelsel golden. Aangezien dit vanaf januari 2023 niet langer het geval zal zijn, is het niet langer vanzelfsprekend dat het recht op verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging dat het ziekenfonds op basis van de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden opent, automatisch zal worden toegekend. In de toekomst zal dit afgeleide recht dus niet meer als zodanig bestaan.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE ADVIESCOMMISSIE VOOR DE ONDERSTEUNING VAN OUDEREN

De Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen (hierna: de Adviescommissie) heeft op zijn vergadering van 16 september 2021 unaniem een positief advies uitgebracht.

De Adviescommissie bekritiseert wel dat de WZCO-zorgbudgetcategorie die in de vroegere artikelen 8 en 9 van het ontwerpdecreet vervat was, in strijd is met de zelfbeschikking en de niet-doelgebondenheid vermeld in artikel 1 van het ontwerpdecreet. Volgens de Adviescommissie moet de ondersteuningsbehoefte van de oudere de doorslag geven, ongeacht of deze thuis of in een instelling woont.

Op basis van de opmerking van de Adviescommissie werd besloten om die categorie te schrappen. Daardoor is de opmerking zonder voorwerp geworden.

De Adviescommissie staat kritisch tegenover de afschaffing van een analyse van het gezinsinkomen. Zij is van mening dat het gebruik van de status van de verhoogde terugbetaling van de kosten door de ziekenfondsen niet zo genuanceerd is als de analyse van het gezinsinkomen die tot nu toe wordt gebruikt om ouderen met een lager inkomen beter te ondersteunen. De Adviescommissie is van mening dat de systeemwijziging er niet toe mag leiden dat een aanzienlijk aantal ouderen in het nieuwe systeem wordt benadeeld. De Adviescommissie constateert dat dit moet worden geverifieerd op basis van de evaluatie van de studie die in opdracht van de Duitstalige Gemeenschap is uitgevoerd ten tijde van de opstelling van haar advies.

Deze opmerking zal in aanmerking worden genomen bij de evaluatie van de studie en zal worden meegenomen bij de opstelling van het toekomstige uitvoeringsbesluit. Het is echter een feit dat het ziekenfonds bij de toekenning van de status van verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging een vergelijkbare inkomenstoets uitvoert. Om het administratieve werk voor de Duitstalige Gemeenschap eenvoudiger te maken, is besloten om met die status te werken.

De adviescommissie wijst erop dat het belangrijk is de Dienst voor zelfbeschikkend leven, de woonzorgcentra voor ouderen van de Duitstalige Gemeenschap en van de omliggende gemeenten uitgebreid te informeren over het nieuwe systeem. Daarbij denken wij aan ouderen die als gevolg van een wijziging van hun officiële verblijfplaats onder een ander systeem vallen en waarbij een andere deelentiteit bevoegd wordt. Dit kan ertoe leiden dat een oudere onder de bevoegdheid valt van een andere

deulentiteit waar zijn recht op een ouderenzorgbudget anders geregeld wordt dan in de Duitstalige Gemeenschap. Voor de begunstigden van het zorgbudget moet het duidelijk zijn dat de verhuizing naar een andere deulentiteit voor- en nadelen kan hebben.

In dit verband kan erop worden gewezen dat deze communicatie reeds is ingepland in het actieplan voor de uitvoering van het project.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE GEGEVENSBECHERMINGSAUTORITEIT

De Gegevensbeschermingsautoriteit heeft op 25 oktober 2021 haar gunstig advies nr. 199/2021 over het ontwerpdecreet uitgebracht.

De Gegevensbeschermingsautoriteit wijst er in haar algemene opmerkingen op dat de aanwijzing van de verwerkingsverantwoordelijke moet overeenstemmen met de feitelijke omstandigheden. De aanwijzing van een verwerkingsverantwoordelijke in de regelgeving moet stroken met de rol die deze actor in de praktijk opneemt. In dit verband verzoekt de Gegevensbeschermingsautoriteit om in plaats van de regering als geheel, de betrokken minister of zijn of haar ministerie aan te wijzen als verwerkingsverantwoordelijke, zodat er geen onduidelijkheid bestaat over de identiteit van de persoon of van de verwerkingsverantwoordelijke.

Hoewel in de praktijk het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap deze taak in de toekomst op zich zal nemen, is dit ongebruikelijk en zelfs in tegenspraak met het in artikel 37 van de Grondwet neergelegde beginsel dat een decreet rechtstreeks taken toewijst aan de hoofdadministratie van de regering. Daarom wordt de formulering van de artikelen 38-45 gehandhaafd en wordt de regering aangewezen als verwerkingsverantwoordelijke.

In haar opmerkingen over de doorgifte aan derden (artikel 43 van het ontwerpdecreet) merkt de Gegevensbeschermingsautoriteit op dat het, wat betreft de 'overdracht' van gegevens aan de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid, raadzaam lijkt om te verduidelijken dat de Kruispuntbank als zodanig geen toegang heeft tot specifieke gegevens maar louter instaat voor de doorgifte van die gegevens aan bepaalde instanties en deze overdracht (technisch) organiseert.

Het spreekt vanzelf dat de Kruispuntbank het duidelijk omschreven doel van artikel 43 niet buiten beschouwing mag laten en deze gegevens niet op eigen gezag mag verwerken.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Bij dit artikel wordt de strekking van het voorontwerp van decreet bepaald.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het voorontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen van het voorontwerp van decreet gedefinieerd; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 4

Dit artikel bepaalt het toepassingsgebied van het voorontwerp van decreet.

Artikel 5

In dit artikel wordt vastgelegd hoe de woonplaats van de oudere wordt bepaald.

De woonplaats van de oudere is doorslaggevend voor het recht op een zorgbudget voor ouderen. Daarbij wordt uitgegaan van de woonplaats die in de bevolkingsregisters staat. Dat wordt nagegaan aan de hand van de inlichtingen van het rijksregister van de natuurlijke personen of via inlichtingen van de gemeenten die de bevolkingsregisters bijhouden. De toegang tot de elektronische gegevens van het rijksregister is bijgevolg noodzakelijk om het recht op het zorgbudget voor ouderen efficiënt en grondig te beoordelen. Voor ouderen die in het buitenland wonen, wordt de woonplaats bepaald aan de hand van officiële documenten die zijn opgemaakt door de bevoegde buitenlandse autoriteit.

Artikel 6

Dit artikel bepaalt dat er een basiszorgbudget bestaat. Dat wordt toegekend op basis van de ondersteuningsbehoefte. De Regering stelt de bedragen vast voor de verschillende categorieën van het basiszorgbudget.

Artikel 7

In dit artikel worden de voorwaarden voor de toekenning van het basiszorgbudget bepaald.

Elke oudere die de leeftijd van 65 jaar heeft bereikt en aan wie een categorie van het zorgbudget werd toegekend, krijgt het bijbehorende basiszorgbudget.

Artikel 8

Dit artikel bepaalt met welke andere uitkeringen de basiszorgbudget onverenigbaar is.

Artikel 9

Dit artikel voorziet in een sociale bijslag waarvan het bedrag door de Regering wordt bepaald.

Artikel 10

Dit artikel bepaalt dat de sociale bijslag wordt toegekend aan ouderen die recht hebben op het basiszorgbudget én op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging die door het ziekenfonds wordt toegekend.

Artikel 11

Het recht op het zorgbudget voor ouderen kan op verzoek van de oudere of ambtshalve worden herzien. De Regering bepaalt de nadere regels.

Artikel 12

Dit artikel voorziet in een indexering van het bedrag van het zorgbudget voor ouderen. De Regering bepaalt de nadere regels van de indexering.

Artikel 13

Dit artikel regelt het tijdstip waarop het recht op zorgbudget voor ouderen ingaat en afloopt.

Het zorgbudget voor ouderen gaat in op de datum van de aanvraag, voor zover de toekenningsvoorwaarden op dat tijdstip vervuld zijn. Het zorgbudget wordt altijd voor een volledige maand betaald.

Gebeurtenissen die gevolgen hebben voor het zorgbudget voor ouderen leiden tot een aanpassing van dat budget en kunnen dus tot nabetalingen of terugvorderingen leiden. Als de wijziging financieel in het voordeel van de oudere is, geldt de wijziging vanaf de maand waarin de wijziging plaatsvond. Als ze financieel in het nadeel van de oudere is, geldt de beslissing vanaf de maand die volgt op de maand waarin de wijziging plaatsvond. Zo vervalt het recht op het zorgbudget op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin niet aan de toekenningsvoorwaarden werd voldaan.

Artikel 14

Dit artikel bepaalt dat het zorgbudget niet kan worden toegekend, als de oudere reeds een met het zorgbudget vergelijkbare uitkering ontvangt op grond van andere wetten, decreten, ordonnanties, reglementaire bepalingen of buitenlandse wetgeving.

In principe worden alle uitkeringen die in wezen vergelijkbaar zijn met de tegemoetkomingen voor hulp aan bejaarden die in het kader van de Zesde Staatshervorming aan de deelentiteiten werden overgedragen, beschouwd als met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen.

De Regering kan echter nog andere vormen van uitkeringen bepalen die als met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen worden beschouwd.

Artikel 15

De ondersteuningsbehoefte van de oudere wordt ingeschat aan de hand van de BelRAI-screener. Op basis van die BelRAI-screener wordt de oudere ingedeeld in een zorgbudgetcategorie. In dit artikel worden reeds de toegangswaarden voor elke zorgbudgetcategorie bepaald. De Regering wordt gemachtigd om de procedure vast te stellen volgens welke de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ondersteuningsbehoefte en dus de zorgbudgetcategorie van een oudere bepaalt.

Artikel 16

Voor het zorgbudget voor ouderen wordt dit hoofdstuk toegepast in de plaats van het handvest van de sociaal verzekerde.

Het handvest wordt daardoor niet opgeheven. Voor andere bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap die binnen het toepassingsgebied van het handvest vallen, blijft het handvest van toepassing.

Artikel 17

Dit artikel bepaalt dat een aanvraag moet worden ingediend voor de toekenning en uitbetaling van het zorgbudget voor ouderen.

De Regering deelt de aanvrager mee dat het recht van de oudere onderzocht wordt en binnen welke termijn dit zal gebeuren.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van dit artikel.

Artikel 18

De Regering verzamelt eerst alle informatie die nodig is om de rechten van de oudere te beoordelen. Dit gebeurt in de eerste plaats via de aanvraag en via gegevensstromen naar de desbetreffende authentieke bronnen. Ze verzoekt de aanvrager alleen om inlichtingen die ze niet zelf kan verkrijgen.

Als de Regering de inlichtingen niet zelf kan verzamelen en de aanvrager de inlichtingen ondanks verzoek en twee aanmaningen niet meedeelt, kan de Regering geen zorgvuldig voorbereide beslissing nemen. Om onnodige terugvorderingen te voorkomen, zal de aanvraag in dit geval worden afgewezen. Het staat de aanvrager vrij een nieuwe en volledige aanvraag in te dienen.

De Regering bepaalt de verdere procedure voor de behandeling van de aanvraag.

Artikel 19

Beslissingen worden genomen binnen zestig werkdagen na de aanvraag. Indien de beslissing niet binnen die termijn wordt genomen, wordt dit aan de aanvrager meegedeeld.

Indien de Regering niet over alle inlichtingen beschikt, omdat de aanvrager of een instelling die niet onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert de gevraagde inlichtingen niet heeft verstrekt, hoeft de beslissing niet binnen zestig werkdagen te worden genomen; de termijn wordt dan geschorst tot de aangevraagde inlichtingen zijn ingediend.

Artikel 20

Dit artikel bepaalt dat de Regering aan de aanvrager de beslissingen meedeelt die hem betreffen.

Artikel 21

Dit artikel bepaalt in welke besluiten de berekening van het bedrag moet worden vermeld, alsook welke inlichtingen in de kennisgeving aan de oudere moeten staan.

Artikel 22

In dit artikel staat welke elementen in de kennisgeving van een beslissing vermeld moeten worden en welke gevolgen het ontbreken van die elementen heeft.

Artikel 23

Dit artikel bepaalt dat de Regering een nieuwe beslissing moet nemen als de beslissing op een juridische of materiële vergissing berust. De nieuwe beslissing heeft uitwerking vanaf het tijdstip waarop de beslissing uitwerking gehad zou hebben als ze meteen correct was geweest.

Indien de nieuwe beslissing ertoe leidt dat het recht op het zorgbudget lager is dan het per vergissing toegekende recht, heeft de nieuwe beslissing pas uitwerking vanaf de maand na de kennisgeving van de nieuwe beslissing.

Dat geldt niet als de verkeerde beslissing genomen werd hoewel de aanvrager wist of had moeten weten dat hij geen recht op die uitkering heeft of omdat de aanvrager zich niet heeft gehouden aan

de verplichting om alle inlichtingen te verstrekken die invloed kunnen hebben op zijn recht op het zorgbudget.

Artikel 24

Dit artikel bepaalt in welke gevallen de Regering een beslissing intrekt en herziet.

Artikel 25

De oudere kan bij de Regering beroep instellen tegen beslissingen tot toekenning of afwijzing van zijn zorgbudgetaanvraag, tegen een beslissing tot herziening of tegen een beslissing tot herziening van ambtswege.

De Regering bepaalt de andere nadere regels voor de klachten- en beroepsprocedure.

Artikel 26

Dit artikel bevat de nadere regels voor de uitbetaling. In principe worden de uitkeringen uitbetaald in de maand waarop ze betrekken hebben. De Regering bepaalt de datum waarop het zorgbudget wordt uitbetaald.

Het zorgbudget voor ouderen wordt uitbetaald op een rekening van de oudere. De Regering kan nadere regels voor de uitbetaling bepalen die daarvan afwijken.

Artikel 27

De Regering licht de oudere maandelijks in als ze de uitkeringen niet binnen de gestelde termijnen kan uitbetalen.

Artikel 28

Indien de Regering over ernstige en eensluidende aanwijzingen beschikt die doen vermoeden dat ze bedrieglijke of valse inlichtingen heeft ontvangen, kan ze de uitbetaling van het zorgbudget voor ouderen opschorten.

Die opschorting van betaling heeft geen invloed op het feit dat de uitkeringen teruggevorderd worden als de Regering vastgesteld heeft dat de inlichtingen op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen gebaseerd zijn of vals waren.

Artikel 29

Indien voor een oudere reeds een verstrekking werd betaald met toepassing van buitenlandse wetgeving, dan worden de uitkeringen ten belope van de waarde van die verstrekking verminderd overeenkomstig de bepalingen van de Verordening (EG) nr. 883/2004 en overeenkomstig de bepalingen van dit voorontwerp van decreet.

Dat geldt niet als internationale verdragen of andere Europese verordeningen in een andere verrekeningswijze voorzien.

Artikel 30

Indien een beslissing door toedoen van de Regering niet binnen de gestelde termijnen wordt genomen, heeft de oudere recht op interest op die uitkeringen.

Er is geen interest verschuldigd indien een vooruitbetaling werd gedaan en geen definitieve beslissing kan worden genomen omdat inlichtingen ontbreken die moeten worden meegedeeld door de aanvrager of door een instelling die niet onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert.

Artikel 31

Het zorgbudget kan worden uitbetaald in de vorm van een voorschot.

De Regering legt de nadere regels voor het voorschot vast.

Artikel 32

In dit artikel wordt verduidelijkt dat het zorgbudget voor ouderen kan worden teruggevorderd als de aanvrager bedrieglijke of valse inlichtingen heeft verstrekt om de uitkeringen te ontvangen. Er wordt van uitgegaan dat een inlichting met bedrieglijke bedoelingen is verstrekt als de aanvrager de Regering met volledige kennis van zaken misleidt. Inlichtingen worden als vals beschouwd in de gevallen vermeld in artikel 23, derde lid, van het voorontwerp van decreet.

Dit artikel is niet van toepassing in geval van overlijden van de oudere.

Artikel 33

Dit artikel bepaalt dat terugvorderingen in de eerste plaats door inhouding op toekomstige uitkeringen geschieden. Bij de inhouding moet artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek worden nageleefd. Daarin staat dat die inhouding hoogstens 10% van de toekomstige uitkeringen mag bedragen. Indien het onverschuldigde bedrag naar aanleiding van arglist werd uitbetaald, kunnen de toekomstige uitkeringen volledig worden ingehouden.

Als een inhouding niet mogelijk is, wordt de ontvanger aangemaand het bedrag terug te betalen.

Indien die aanmaning niet gevolgd wordt, stelt de Regering een rechtsvordering in.

De Regering bepaalt de andere nadere regels.

Artikel 34

Het is normaal dat iemand die een bedrag ten onrechte ontvangen heeft, dat bedrag moet terugbetalen. Daarom is terugvordering de regel. In bepaalde uitzonderingsgevallen kan het echter gerechtvaardigd zijn dat het bedrag niet teruggevorderd wordt.

Er wordt afgezien van de terugvordering als het onverschuldigde bedrag door een vergissing van de Regering betaald werd. Dat wordt in artikel 23 bepaald.

Er kan afgezien worden van de terugvordering als het invorderen van de bedragen te onzeker of te duur is. Situaties waarin bedragen ingehouden kunnen worden, worden anders bekeken dan situaties waarin dat niet mogelijk is.

Er wordt afgezien van de terugvordering als betrokkene overleden is voordat hem werd meegedeeld dat hij onverschuldigde bedragen heeft ontvangen.

De Regering bepaalt de andere nadere regels.

Artikel 35

De Duitstalige Gemeenschap kan, op grond van artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, de invordering van vastgestelde en niet-betwiste niet-fiscale schuldvorderingen laten uitvoeren door de Administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën, die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen.

Indien van deze mogelijkheid gebruik wordt gemaakt, zijn de artikelen 33 en 34 niet van toepassing.

Artikel 36

Dit artikel voorziet in een verjaringstermijn van vijf jaar voor de invordering van het zorgbudget voor ouderen door de aanvrager.

Artikel 37

Dit artikel voorziet in een verjaringstermijn van vijf jaar voor de terugvordering van het zorgbudget voor ouderen door de overheid.

Artikel 38

Voor zover ze niet onder andersluidende wettelijke of decretale bepalingen vallen, moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit voorontwerp van decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Artikel 39

Dit artikel biedt de Regering de mogelijkheid persoonsgegevens te verwerken voor de uitvoering van de opdrachten die in dit voorontwerp van decreet worden bepaald. In dit artikel wordt gepreciseerd dat de Regering de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming is voor de verwerking van persoonsgegevens. De gegevensverwerking geschiedt met inachtneming van de voormelde Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Artikel 40

In het bijzonder voor gezondheidsgegevens geldt dat de medische zwijgplicht van toepassing is.

Behalve in de uitzonderlijke gevallen bedoeld in artikel 9, lid 2, onder h) en i), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming en bedoeld in artikel 34 van de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens, is de verwerking van gezondheidsgegevens niet toegestaan. In het kader van dit voorontwerp van decreet lijkt het belangrijk om medische gegevens te kunnen verwerken, aangezien het zorgbudget voor ouderen anders niet zou kunnen worden uitbetaald. Bijgevolg is dit artikel van het voorontwerp van decreet in overeenstemming met de uitzonderingen bepaald in artikel 9, lid 2, h) en i), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming en bepaald in artikel 34, § 1, 1° en 2°, van de voormelde wet van 30 juli 2018.

Artikel 41

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst de gegevenscategorieën te vermelden die de Regering voortaan

zal verwerken. Het doel is om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren.

Artikel 42

Dit artikel regelt de duur van de verwerking van de verzamelde gegevens.

Artikel 43

Dit artikel bepaalt aan welke instellingen persoonsgegevens mogen worden doorgegeven en met welk doel dat mag gebeuren.

Artikel 44

Dit artikel heeft tot doel het beginsel te verankeren dat gepseudonimiseerde gegevens moeten worden gebruikt voor onderzoeksdoeleinden en statistische doeleinden die verband houden met de toepassing van het voorontwerp van decreet.

Artikel 45

In dit artikel staat dat de Regering in voorkomend geval bepaalt welke beveiligingsmaatregelen voor de verwerking van persoonsgegevens noodzakelijk zijn.

Artikel 46

De artikelen 46 tot 48 bevatten strafbepalingen voor het strafbaar stellen van bedrieglijke handelingen die tot doel hebben zorgbudget voor ouderen te ontvangen. Zulke handelingen schaden immers de hele bevolking en zetten de financiële belangen van de hele bevolking op het spel, doordat door bedrieglijke handelingen en misbruik uitkeringen worden uitbetaald aan mensen die er geen recht op hebben.

Dit artikel stelt straffen op valsheid en gebruik van valse stukken.

Artikel 47

Dit artikel stelt dezelfde straffen op onjuiste of onvolledige verklaringen.

Artikel 48

Dit artikel stelt dezelfde straffen op oplichting.

Artikel 49

Met toepassing van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecimen op strafrechtelijke geldboeten worden strafrechtelijke geldboeten al met opdecimen verhoogd. Dit artikel bepaalt dat diezelfde regeling ook geldt voor administratieve geldboeten en dat strafrechtelijke en administratieve geldboeten bijgevolg onder dezelfde opdecimenregeling vallen. Door de verwijzing naar de wet van 5 maart 1952 kan voortaan voorkomen worden dat de administratieve geldboeten telkens afzonderlijk aangepast moeten worden als de opdecimenregeling voor strafrechtelijke geldboeten gewijzigd wordt.

Artikel 50

Bedoeling is via dit artikel te waarborgen dat de voorschriften en waarborgen van het Sociaal Strafwetboek ook gelden bij strafrechtelijke of administratieve sanctionering.

Artikel 51

In dit artikel wordt verduidelijkt dat de arbeidsrechtbank bevoegd blijft voor geschillen over de toepassing van dit decreet. Hoewel de arbeidsrechtbank reeds bevoegd is voor dergelijke geschillen, is het niet zeker of het na de bevoegdverklaring een geschil zal blijven dat aan de bevoegdheid van een gewone rechter is onderworpen. Zonder uitdrukkelijke toewijzing is het bijgevolg niet uitgesloten dat geschillen die voortvloeien uit de toepassing van dit decreet aan de Raad van State kunnen worden voorgelegd. Aangezien er geen reden is om de verdeling van de geschillen over de verschillende rechterlijke instanties te herschikken, wordt het Gerechtelijk Wetboek zodanig gewijzigd dat er geen twijfel meer bestaat over de vraag welke rechter bevoegd is voor geschillen die voortvloeien uit de toepassing van dit decreet.

Artikelen 52 tot 56

Deze artikelen hebben tot doel alle bepalingen op te heffen die betrekking hebben op de tegemoetkomingen die in de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap worden vermeld en die overeenstemmen met het zorgbudget voor ouderen. Alleen de bepalingen die in het kader van de Zesde Staatshervorming naar de gemeenschappen zijn overgeheveld, worden dus opgeheven.

Artikel 57

Dit artikel strekt ertoe de overgang van het oude federale stelsel naar het nieuwe stelsel van de Duitstalige Gemeenschap te regelen. Om de rechten in het oude en in het nieuwe systeem te vergelijken, voorziet de administratie in een periode van zes maanden om de dossiers naar behoren te onderzoeken. Het recht wordt niettemin met terugwerkende kracht geopend.

Het is niet de bedoeling dat de overgang van het ene systeem naar het andere ouderen benadeelt die reeds recht hadden op een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden.

Het artikel bepaalt dat die ouderen, ook na de overgang naar het nieuwe systeem, het bedrag ontvangen waarop ze in december 2022 recht hadden. De tegemoetkoming uit het oude stelsel wordt in principe alleen toegekend als het bedrag voordeliger is dan het bedrag dat betrokkene krachtens dit voorontwerp van decreet zou ontvangen. Indien de situatie van de oudere verandert en die verandering tot gevolg heeft dat hij recht heeft op een voordeliger zorgbudget op basis van dit voorontwerp van decreet, dan ontvangt de oudere voortaan het voordeligere bedrag. Vanaf dat tijdstip valt zijn dossier volledig onder de nieuwe regeling.

Artikel 58

Dit artikel bepaalt dat aanvragen die op of na 1 december 2022 worden ingediend, vanaf 1 januari 2023 behandeld worden overeenkomstig de bepalingen van dit voorontwerp van decreet. Als uitzondering op de nieuwe bepalingen wordt het recht op zorgbudget niet geopend voor de aanvraagmaand december 2022, maar pas in januari 2023. Dit wordt zo geregeld omdat de aanvraag volgens de oude regeling pas in de volgende maand tot de opening van een recht zou hebben geleid. Die uitzondering is bedoeld om de overdracht van de uitvoering van de bevoegdheid tussen de twee autoriteiten op administratief niveau mogelijk te maken.

Artikel 59

Luidens dit artikel treedt het voorontwerp van decreet in werking op 1 januari 2023.

De Vice-Minister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke
Ordering en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende het zorgbudget voor ouderen

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Voorwerp

Het zorgbudget is een niet-doelgebonden, financiële ondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die periodiek wordt uitbetaald en tot doel heeft de zelfredzaamheid van die ouderen te versterken en hen te helpen om een zelfbeschikkend leven te leiden.

Art. 2 – Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° aanvrager: de natuurlijke persoon die recht heeft op een zorgbudget, aanspraak maakt of kan maken op een zorgbudget, zijn wettelijke vertegenwoordigers en gevolmachtigden, alsook de werkelijke of mogelijke ontvanger van het zorgbudget;

2° BelRAI-Screener: wetenschappelijk gefundeerd, globaal evaluatie-instrument dat op het internationale "Resident Assessment Instrument" steunt. Het gaat om een gevalideerd elektronisch instrument dat gestandaardiseerde inlichtingen over de oudere met ondersteuningsbehoefte of over een persoon met ondersteuningsbehoefte genereert, om de begeleiding te verbeteren;

3° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

4° zorgbudget: het basiszorgbudget vermeld in hoofdstuk 2 en de sociale bijslag;

5° oudere: elke persoon vanaf 65 jaar die recht heeft op het zorgbudget;

6° deeltentiteiten: de Vlaamse Gemeenschap, het Waals Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie of de Franse Gemeenschapscommissie;

7° Verordening (EG) nr. 883/2004: de verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels.

Art. 4 – Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op personen die:

1° hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied;

2° voldoen aan de toekenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 7 of 10.

Dit decreet is ook van toepassing op personen die hun woonplaats hebben in een andere lidstaat van de Europese Unie, in een ander land dat partij is bij de Europese Economische Ruimte of in Zwitserland, en die:

1° zich in één van de twee volgende situaties bevinden:

a) ze zijn tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel op het grondgebied van het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, ze oefenen een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet, of;

b) ze ontvangen een Belgisch pensioen en waren laatst tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel in het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, oefenden laatst een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet;

2° voldoen aan de toekenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 7 of 10.

Art. 5 – Bepaling van de woonplaats

Voor de toepassing van dit decreet wordt de woonplaats van een persoon als volgt bepaald:

1° in België geldt als woonplaats de plaats waar een persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft overeenkomstig de bevolkingsregisters bepaald in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten en tot wijziging van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen of zijn referentieadres heeft overeenkomstig artikel 1, § 2, van die wet;

2° in het buitenland geldt als woonplaats de plaats die als zodanig wordt vermeld in de documenten van de buitenlandse bevolkingsdienst of van de buitenlandse autoriteit of instantie bevoegd voor de burgerlijke stand.

HOOFDSTUK 2 – ZORGBUDGET VOOR OUDEREN

Afdeling 1 – Basiszorgbudget

Art. 6 – Basiszorgbudget

De Regering kent een maandelijks basiszorgbudget toe, waarvan het bedrag afhangt van de zorgbudgetcategorie van de oudere.

De Regering bepaalt het bedrag van het basiszorgbudget per zorgbudgetcategorie.

Art. 7 – Toekenningsvoorwaarden

Het basiszorgbudget wordt toegekend aan elke oudere die de leeftijd van 65 jaar heeft bereikt en in een zorgbudgetcategorie werd ingeschaald.

Art. 8 – Onverenigbaarheden met het basiszorgbudget

Het recht op het basiszorgbudget wordt voor de periode waarin de oudere:

1° een inkomensvervangende of integratietegemoetkoming geniet zoals vermeld in artikel 1 van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, geschorst;

2° een uitkering wegens invaliditeit, arbeidsongeval of een erkende beroepsziekte ontvangt, verminderd met het bedrag van die uitkering.

Voor de toepassing van het eerste lid laat de oudere zijn rechten gelden op de volgende uitkeringen:

1° uitkeringen en vergoedingen waarop hij aanspraak kan maken krachtens de Belgische wetgeving, krachtens de wetgeving van een andere deelentiteit, krachtens buitenlandse wetgeving of krachtens de regels van toepassing op het personeel van een internationale openbare instelling en die hun grond vinden in een gebrek aan of vermindering van de zelfredzaamheid of in de artikelen 1382 en volgende van het Burgerlijk Wetboek betreffende de burgerlijke aansprakelijkheid;

2° sociale uitkeringen inzake ziekte en invaliditeit, werkloosheid, arbeidsongevallen, beroepsziekten, rust- en overlevingspensioenen en inkomensgaranties voor ouderen.

De Regering bepaalt hoe het basiszorgbudget kan worden verminderd of geweigerd bij niet-naleving van het tweede lid.

Afdeling 2 – Sociale bijslag

Art. 9 – Sociale bijslag

De Regering kent een maandelijkse sociale bijslag toe.

De Regering bepaalt het bedrag van de sociale bijslag.

Art. 10 – Toekenningsvoorwaarden

De sociale bijslag wordt toegekend aan elke oudere die:

- 1° recht heeft op het basiszorgbudget;
- 2° recht heeft op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging overeenkomstig artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994.

Afdeling 3 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 11 – Herziening van het recht

Het recht op het zorgbudget kan op verzoek van de oudere of ambtshalve worden herzien.

De Regering bepaalt:

- 1° in welke gevallen een aanvraag om herziening kan worden ingediend, alsook vanaf wanneer de desbetreffende beslissing uitwerking heeft;
- 2° in welke gevallen een herziening van ambtswege geschiedt, alsook vanaf wanneer de desbetreffende beslissing uitwerking heeft.

Art. 12 – Indexering

De Regering bepaalt de nadere regels voor de indexering van de verschillende uitkeringen.

Art. 13 – Tijdstip van de opening en van de uitdoving van het recht

Bij een eerste aanvraag gaat het recht op het zorgbudget met terugwerkende kracht in op de datum van de aanvraag, voor zover de toekenningsvoorwaarden op dat tijdstip vervuld zijn.

Afhankelijk van het feit of een wijziging voordelig of nadelig voor de oudere is, werken wijzigingen als volgt:

- 1° in het geval van gebeurtenissen die tot een hoger zorgbudget voor de oudere leiden: vanaf de maand waarin die gebeurtenis zich heeft voorgedaan;
- 2° in het geval van gebeurtenissen die tot een lager zorgbudget voor de oudere leiden: vanaf de eerste dag van de volgende maand.

Het recht op het zorgbudget dooft uit op de eerste dag van de maand na de maand waarin de daarvoor geldende voorwaarden niet meer vervuld zijn.

Art. 14 – Cumulatie van vergelijkbare uitkeringen

Onder voorbehoud van de bepalingen van geldende samenwerkingsovereenkomsten tussen de Duitstalige Gemeenschap en de deelentiteiten en met behoud van de toepassing van het recht van de Europese Unie, wordt het zorgbudget niet toegekend als de oudere al een met het zorgbudget vergelijkbare uitkering ontvangt krachtens andere wetten, decreten, ordonnanties, reglementaire bepalingen of krachtens buitenlandse wetgeving.

Onder 'met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen' vallen in elk geval de uitkeringen die de deelentiteiten hebben ingesteld in de vorm van of in navolging van de 'tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden' bedoeld in de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap.

Zonder afbreuk te doen aan het tweede lid kan de Regering, naast de daarin bepaalde vergelijkbare uitkeringen, nog andere met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen bepalen en verduidelijken.

De Regering bepaalt de nadere regels bij cumulatie van uitkeringen die met het zorgbudget vergelijkbaar zijn.

HOOFDSTUK 3 – BEPALING VAN DE ZORGBUDGETCATEGORIEËN

Art. 15 – Zorgbudgetcategorieën

De zorgbudgetcategorieën zijn afhankelijk van de mate waarin de oudere nog autonoom is en worden ingedeeld als volgt:

1° zorgbudgetcategorie 1: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 3 bereikt wordt.

2° zorgbudgetcategorie 2: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 6 en 12,99 bereikt wordt.

3° zorgbudgetcategorie 3: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 bereikt wordt of als in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 6 bereikt wordt;

4° zorgbudgetcategorie 4: deze zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 en minstens een waarde tussen 5 en 18 wordt bereikt in de modules cognitie, psychische stoornissen en gedragsstoornissen.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven bepaalt de ondersteuningsbehoefte op basis van de BelRAI-screener.

De Regering bepaalt hoe de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ondersteuningsbehoefte bepaalt.

HOOFDSTUK 4 – TOEKENNINGSPROCEDURE EN TERUGVORDERINGSPROCEDURE

Afdeling 1 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 16 – Afwijking van het handvest van de sociaal verzekerde

Dit hoofdstuk is van toepassing in afwijking van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde.

Afdeling 2 – Aanvragen

Art. 17 – Indienen van de aanvraag

Het zorgbudget wordt op aanvraag uitbetaald.

De Regering zendt of overhandigt de aanvrager een ontvangstbevestiging of een bevestiging dat zijn recht onderzocht wordt. In elke ontvangstbevestiging moet vermeld worden binnen welke termijn de aanvraag behandeld wordt en welke verjaringstermijn in acht moet worden genomen. Een betaling of een verzoek om aanvullende inlichtingen wordt als een ontvangstbevestiging beschouwd.

De Regering bepaalt:

- 1° de inhoud van de aanvraag voor een zorgbudget;
- 2° in welke vorm en hoe de aanvraag wordt ingediend;
- 3° in welke gevallen, door wie en hoe een herziening kan worden aangevraagd en kan worden behandeld.

Art. 18 – Behandeling van de aanvraag

De Regering verzamelt voor de behandeling van de aanvraag op eigen initiatief alle noodzakelijke inlichtingen om het recht van de oudere te kunnen beoordelen. Indien die inlichtingen ontbreken, vraagt ze die aan bij de aanvrager, overeenkomstig de door haar vastgestelde nadere regels.

Indien de aanvrager die inlichtingen niet binnen een maand verstrekt, krijgt hij twee aanmaningen. Indien de aanvrager de aanvullende inlichtingen ondanks aanmaning na meer dan een maand, te rekenen vanaf verzending van de tweede aanmaning, nog altijd niet heeft verstrekt, weigert de Regering de aanvraag, behalve indien de aanvrager een reden opgeeft die een langere antwoordtermijn rechtvaardigt.

De Regering bepaalt de verdere procedure voor de behandeling van de aanvraag en in het bijzonder:

- 1° hoe en door wie de aanvraag behandeld wordt;
- 2° welke inlichtingen de aanvrager bij een wijziging van zijn situatie moet meedelen, alsook in welke vorm en binnen welke termijn dit moet gebeuren.

Afdeling 3 – Beslissingen

Art. 19 – Termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

De Regering neemt haar beslissing binnen zestig werkdagen na ontvangst van de aanvraag vermeld in artikel 17.

Indien de Regering binnen die termijn geen beslissing kan nemen, deelt ze dit aan de aanvrager mee, met vermelding van de redenen. De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt daardoor niet verlengd.

Indien de aanvraag de tussenkomst vereist van een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert, vraagt de Regering die tussenkomst aan. De aanvrager wordt daarvan op de hoogte gebracht.

De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt geschorst zolang de aanvrager of een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert, de Regering niet alle inlichtingen heeft bezorgd die de Regering heeft aangevraagd en die noodzakelijk zijn om een beslissing te kunnen nemen.

Art. 20 – Kennisgeving van beslissingen

De Regering stelt de betrokken personen uiterlijk op het ogenblik van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Onverminderd de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen geschiedt de kennisgeving aan de aanvrager schriftelijk.

De Regering bepaalt:

- 1° de nadere regels en termijnen voor de kennisgeving;
- 2° de gevallen waarin geen kennisgeving vereist is of de gevallen waarin de kennisgeving op het ogenblik van de uitvoering moet plaatsvinden;
- 3° de gevallen waarin de kennisgeving aangetekend geschiedt.

Art. 21 – Berekeningswijze

In beslissingen over de toekenning van zorgbudget waarin geldbedragen worden genoemd, wordt vermeld hoe die bedragen berekend zijn.

De Regering bepaalt welke vermeldingen op de betalingsformulieren verplicht zijn.

Art. 22 – Vereisten waaraan de beslissingen inhoudelijk moeten voldoen

§ 1 – De kennisgeving van beslissingen over de toekenning of weigering van het zorgbudget bevat de volgende vermeldingen:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen bij het bevoegde rechtscollege;
- 2° het adres van de bevoegde rechtscolleges;
- 3° de termijnen en nadere regels die in geval van beroep moeten worden nageleefd;
- 4° de inhoud van de artikelen 728 en 1017 van het Gerechtelijk Wetboek;
- 5° het referentienummer van het dossier en de medewerker of de dienst die het dossier beheert;
- 6° de mogelijkheid om bij de dienst die het dossier beheert of bij een daartoe aangewezen informatiedienst alle uitleg over de beslissing te krijgen.

Indien de kennisgeving de in het eerste lid bepaalde vermeldingen niet bevat, gaan de beroepstermijnen vermeld in de artikelen 25 en 36 niet in.

§ 2 – De kennisgeving van beslissingen tot terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen bevat, naast de vermeldingen omschreven in § 1, de volgende gegevens:

- 1° de vaststelling dat onverschuldigde bedragen zijn betaald;
- 2° het totale bedrag van wat onverschuldigd is betaald, alsook de berekeningswijze ervan;
- 3° de inhoud en de referenties van de bepalingen in strijd waarmee de betalingen zijn gedaan;
- 4° de in aanmerking genomen verjaringstermijn;
- 5° in voorkomend geval, de mogelijkheid voor de Regering om van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en van de hiervoor te volgen procedure af te zien;

6° de mogelijkheid om een met redenen omkleed voorstel tot terugbetaling in schijven in te dienen.

Indien de kennisgeving de in het eerste lid bepaalde vermeldingen niet bevat, gaat de beroepstermijn vermeld in artikel 37 niet in.

Art. 23 – Onwettige beslissingen

Indien vastgesteld wordt dat de beslissing aangetast is door een onregelmatigheid of een materiële vergissing, neemt de Regering op eigen initiatief een nieuwe beslissing die uitwerking heeft op de datum waarop de onwettige beslissing werkzaam had moeten worden, onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen.

Onverminderd de toepassing van artikel 24 heeft de nieuwe beslissing, indien de vergissing aan de Regering te wijten is, uitwerking vanaf de maand die volgt op de kennisgeving van die beslissing, als het recht op het zorgbudget kleiner is dan het aanvankelijk toegekende recht.

Het tweede lid is niet van toepassing indien de aanvrager:

1° weet of moest weten dat hij geen recht heeft of meer heeft op het gehele bedrag van een uitkering;

2° niet alle toelichtingen heeft gegeven die voortvloeien uit zijn vroegere verplichtingen of die bij een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling worden voorgeschreven.

Art. 24 – Intrekking van beslissingen en herziening van beslissingen

Onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen kan de Regering - binnen de termijn waarbinnen bij het bevoegde rechtscollege een rechtsvordering kan worden ingesteld of verzet kan worden aangetekend of, wanneer al een rechtsvordering is ingesteld of al verzet is aangetekend, tot de sluiting van de debatten - haar beslissing intrekken en een nieuwe beslissing nemen indien:

1° op de datum waarop de uitkering is ingegaan, het recht door een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling is gewijzigd;

2° een nieuw feit of nieuw bewijsmateriaal dat uitwerkingen heeft op de rechten van de verzoeker, tijdens het geding wordt ingeroepen.

Art. 25 – Mogelijkheid om beroep in te stellen

De aanvrager kan bij de Regering beroep instellen tegen beslissingen tot toekenning of afwijzing van zijn zorgbudgetaanvraag, tegen een beslissing tot herziening of tegen een beslissing tot herziening van ambtswege. Het beroep is niet opschortend.

De Regering bepaalt de termijn waarbinnen beroep kan worden ingesteld en de nadere regels voor de beroepsprocedure.

Afdeling 4 – Uitbetaling

Art. 26 – Nadere regels voor de uitbetaling

§ 1 – Met inachtneming van artikel 19 geschiedt de uitbetaling van het zorgbudget in de loop van de maand waarop het zorgbudget betrekking heeft.

De Regering bepaalt de datum waarop het zorgbudget wordt uitbetaald.

§ 2 – De bedragen worden overgemaakt op een rekening van de ontvanger waarvan het

rekeningnummer in SEPA-formaat is.

Bij de rekening vermeld in het eerste lid gaat het om een rekening die geopend werd op naam van de oudere.

Art. 27 – Te late uitbetaling

Indien het zorgbudget niet vanaf het in artikel 26 voorgeschreven tijdstip wordt betaald, stelt de Regering de aanvrager daarvan in kennis, met vermelding van de redenen van de vertraging, onverminderd het recht van de aanvrager om de zaak voor de bevoegde rechtscollages te brengen.

Zolang de betaling niet is gedaan, wordt de aanvrager maandelijks over de redenen van die vertraging ingelicht.

Art. 28 – Opschorting van betaling

Onverminderd het recht op terugvordering vermeld in artikel 31 kan de betaling opgeschort worden als er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat de door de aanvrager meegedeelde informatie om het zorgbudget te krijgen, gebaseerd zijn op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of vals zijn. De betaling kan opgeschort worden tot de verdenking niet meer bestaat en dit hoogstens zes maanden, één keer hernieuwbaar.

Art. 29 – Verrekening met buitenlandse verstrekkingen

Onverminderd de in het Duitse taalgebied geldende bepalingen van de internationale verdragen en Europese verordeningen over de sociale zekerheid wordt het bedrag van het zorgbudget verminderd met het bedrag van soortgelijke verstrekkingen waarop de oudere aanspraak kan maken met toepassing van andere buitenlandse wettelijke of reglementaire bepalingen of op grond van regels die van toepassing zijn op het personeel van een volkenrechtelijke instelling, zelfs als de toekenning ervan krachtens de voormelde bepalingen en regels als een aanvulling op het met toepassing van dit decreet toegekende zorgbudget wordt beschouwd.

De Regering bepaalt het voorlopig uit te betalen verschilbedrag van het zorgbudget voor de gevallen waarin het bedrag van de buitenlandse verstrekkingen nog niet bekend is.

Art. 30 – Overschrijding van de termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

Indien de beslissing vermeld in artikel 19 door toedoen van de Regering niet wordt genomen binnen de in dat artikel gestelde termijn, brengen de uitkeringen van rechtswege interest op voor de rechtshabende aanvrager en dit ten laatste vanaf het verstrijken van de termijn waarbinnen een beslissing moet worden genomen en ten vroegste vanaf de datum van opeisbaarheid van die interest. Het toepasselijke tarief bedraagt 1,75 procent per jaar op de verschuldigde uitkeringen.

De interesten vermeld in het eerste lid zijn niet verschuldigd indien vooruitbetalingen zijn gedaan en de definitieve beslissing afhangt van inlichtingen die meegedeeld moeten worden door de aanvrager zelf of door een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert.

Art. 31 – Voorschotten

Het zorgbudget kan worden uitbetaald in de vorm van een voorschot.

De Regering bepaalt:

1° onder welke voorwaarden een voorschot kan worden betaald;

- 2° hoe, door wie en tot welk bedrag voorschotten kunnen worden toegekend;
- 3° hoe de voorschotten met het toegekende zorgbudget worden verrekend.

Afdeling 5 – Terugvordering

Art. 32 – Voorwaarden

Als de Regering vaststelt dat het zorgbudget ten onrechte werd uitbetaald, vordert ze het terug. Het zorgbudget geldt als ten onrechte uitbetaald indien:

- 1° de informatie die tot de toekenning van het zorgbudget geleid heeft, frauduleus of vals is;
- 2° de oudere op grond van dit decreet een zorgbudget heeft ontvangen, hoewel dit decreet niet of niet langer op hem van toepassing is.

Het eerste lid:

- 1° is niet van toepassing in geval van overlijden van de oudere;
- 2° geldt onverminderd de toepassing van artikel 35.

Art. 33 – Procedure

Artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek is van toepassing op terugvorderingen van ten onrechte betaalde uitkeringen. Met inachtneming van artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek wordt het zorgbudget teruggevorderd door later verschuldigde uitkeringen geheel of gedeeltelijk in te houden.

Indien de bedragen niet overeenkomstig het eerste lid teruggevorderd konden worden, vordert de Regering de ten onrechte uitbetaalde bedragen bij de oudere in. Indien de bedragen niet worden terugbetaald, onderneemt de Regering gerechtelijke stappen tegen de oudere om ze terug te vorderen.

De Regering bepaalt:

- 1° de nadere regels omtrent de aanmaning tot terugbetaling;
- 2° de nadere regels en termijnen voor het instellen van het rechtsgeding.

Art. 34 – Niet-invordering

§ 1 – Indien de terugvordering van ten onrechte betaalde sommen technisch onmogelijk blijkt, kan de Regering in de door haar bepaalde gevallen die terug te vorderen bedragen niet-invorderbaar verklaren.

§ 2 – Indien de invorderingskosten voor de terugvordering van de ten onrechte uitbetaalde sommen hoger zijn dan de in te vorderen sommen, kan de Regering, binnen de door haar bepaalde perken, hetzij afzien van de mogelijkheid om een rechtsgeding in te stellen om die sommen terug te vorderen, hetzij afzien van een gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van die sommen en de desbetreffende terug te vorderen sommen niet-invorderbaar verklaren.

De Regering kan, binnen de door haar bepaalde perken, afzien van de terugvordering van geringe sommen als die sommen niet teruggevorderd kunnen worden via inhouding op later verschuldigde uitkeringen.

§ 3 – De Regering kan terug te vorderen sommen om sociale redenen geheel of gedeeltelijk niet-invorderbaar verklaren indien:

- 1° de aanvrager daartoe een aanvraag indient;
- 2° de ten onrechte uitbetaalde som niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen

of op een fout van de aanvrager vermeld in artikel 23, derde lid.

De Regering bepaalt de procedure en de nadere regels voor de afstand van terugvordering om sociale redenen.

§ 4 – Behalve in geval van bedrog, arglist of bedrieglijke handelingen worden terug te vorderen bedragen van ambtswege niet-invorderbaar verklaard, indien de persoon aan wie ze betaald zijn, gestorven is en de terugvordering op het ogenblik van het overlijden nog niet ter kennis was gebracht van betrokkene.

§ 5 – De Regering vordert ten onrechte uitbetaalde bedragen niet terug indien de betaling te wijten was aan een fout van de Regering.

Art. 35 – Beroep op de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

De terug te vorderen bedragen kunnen worden ingevorderd overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 betreffende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

In dat geval zijn de artikelen 33 en 34 niet van toepassing.

Afdeling 6 – Verjaring

Art. 36 – Verjaringstermijn voor de invordering van het zorgbudget

§ 1 – Aanvragen en rechtsvorderingen van personen aan wie het zorgbudget verschuldigd is of uitbetaald moet worden, worden binnen de vijf jaar, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand waarin het recht geopend wordt, ingediend resp. ingesteld.

§ 2 – Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door een eis of een beroep, bij gewone brief, fax of elektronische post verzonden naar de Regering of door de neerlegging van een dergelijke eis of een dergelijk beroep bij de Regering. De stuiting gebeurt op de datum van het aangetekend schrijven, waarvoor de postdatum als bewijs geldt, of, bij gebrek daaraan, op de datum van het ontvangstbewijs dat door de Regering wordt afgegeven aan de persoon die de uitkeringen aanvraagt of aanspraak op de uitkeringen maakt.

De stuiting is vijf jaar geldig. Ze kan verlengd worden.

Art. 37 – Verjaringstermijn voor de terugvordering van het zorgbudget

Onverschuldigd betaald zorgbudget kan niet meer teruggevorderd worden na verloop van een termijn van vijf jaar, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand waarop de onverschuldigde betaling betrekking heeft.

Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door de terugvordering van onverschuldigd betaalde sommen die aangetekend ter kennis wordt gebracht van de schuldenaar.

HOOFDSTUK 5 – VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 38 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 39 – Verwerking van persoonsgegevens

Onverminderd artikel 40 is de Regering verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 41 in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Regering wordt voor hun verwerking beschouwd als de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van de taken vermeld in de hoofdstukken 2, 3 en 4. Zij mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 40 – Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg.

Art. 41 – Gegevenscategorieën

Voor de uitvoering van hun opdrachten krachtens artikel 39, tweede lid, kunnen de Regering en de andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn, persoonsgegevens van de volgende gegevenscategorieën verwerken:

1° over de oudere:

- a) identiteitsgegevens, leeftijd en contactgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gegevens over de verzekeringsstatus;
- d) rekeninggegevens;
- e) gegevens over een langdurige onderbrenging in een woonzorgcentrum voor ouderen;
- f) gegevens over verzekeringsuitkeringen in het buitenland;
- g) gegevens over tegemoetkomingen in het binnenland;

2° gegevens ter identificatie van de aanvrager of van de gemachtigde contactpersoon van de aanvrager.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 42 – Duur van de gegevensverwerking

Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in artikel 41 als volgt bewaard:

1° voor een oudere die nooit werkelijk recht op uitbetaling van het zorgbudget had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin het zorgbudget werd aangevraagd;

2° voor een oudere die recht op uitbetaling van het zorgbudget had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin het recht voor de laatste keer bestond;

3° voor een oudere die het voorwerp is van een administratieve of gerechtelijke procedure: tot 5

jaar na het einde van de maand waarin de procedure beëindigd werd.

Art. 43 – Doorgifte aan derden

De volgende persoonsgegevens kunnen worden doorgegeven aan de instellingen vermeld in het tweede lid:

1° over de oudere:

- a) identiteitsgegevens, leeftijd en contactgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gegevens over de verzekeringsstatus;
- d) gegevens over het zorgbudget;
- e) rekeninggegevens;

2° gegevens ter identificatie van de aanvrager of van de gemachtigde contactpersoon van de aanvrager.

De gegevens vermeld in het eerste lid worden doorgegeven aan de volgende instellingen en instanties voor de volgende doeleinden:

1° aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn voor de volgende doeleinden:

- a) voor zover de oudere de betaling van een voorschot op het zorgbudget via een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn heeft aangevraagd met het oog op de uitbetaling van het voorschot;
- b) voor zover een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn de oudere begeleidt of opvangt met het doel hem te informeren over het bestaan van een recht op zorgbudget;

2° buitenlandse verzekeringsinstellingen in het kader van de afweging van rechten overeenkomstig de Verordening (EG) nr. 883/2004;

3° de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid in het geval van de opening van het recht met het oog op de doorgifte van de gegevens aan instellingen en instanties die bij of krachtens een wet, een decreet of een ordonnantie belast zijn met een opdracht van algemeen belang, voor zover die doorgifte noodzakelijk is voor de uitvoering van de opdracht van algemeen belang van de betrokken instanties en instellingen en voor zover dit noodzakelijk is voor de opening van de uit het zorgbudget afgeleide rechten, voor uitsluitende rechten of om in het kader van hun bevoegdheden de oudere te begeleiden of in zijn opvang te voorzien.

Art. 44 – Gebruik van gegevens voor onderzoek en statistieken

Om analyses en statistieken op te stellen, gebruikt de Regering gepseudonimiseerde gegevens over het aantal behandelde aanvragen. Die zijn opgesplitst naar:

- 1° toekenning of weigering per uitkering;
- 2° leeftijd en zorgbudgetcategorie van de ouderen.

Art. 45 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 6 – STRAFBEPALINGEN

Art. 46 – Valsheid en gebruik van valse stukken

Wordt gestraft met een gevangenisstraf van zes maanden tot drie jaar en met een strafrechtelijke geldboete van 600 tot 6.000 euro of met één van die straffen of met een administratieve geldboete van 300 tot 3.000 euro eenieder die, met het oogmerk een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden:

1° valsheid in geschrifte heeft gepleegd, hetzij door valse handtekeningen, hetzij door namaking of vervalsing van geschriften of handtekeningen, hetzij door overeenkomsten, beschikkingen, verbintenissen of schuldbevrijdingen valselijk op te maken of in een akte in te voegen, hetzij door toevoeging of vervalsing van bedingen, verklaringen of feiten die deze akte ten doel had op te nemen of vast te stellen;

2° zich bediend heeft van een valse akte of een vals stuk;

3° valsheid heeft gepleegd, door gegevens die worden opgeslagen, verwerkt of overgedragen door middel van een informaticasysteem, in te brengen in een informaticasysteem, te wijzigen of te wissen, of met enig ander technologisch middel de mogelijke aanwending van gegevens in een informaticasysteem te veranderen, waardoor de juridische draagwijdte van dergelijke gegevens verandert;

4° gebruik heeft gemaakt van die gegevens, terwijl hij weet dat de aldus verkregen gegevens vals zijn.

Art. 47 – Onjuiste of onvolledige verklaringen

Wordt gestraft overeenkomstig artikel 46 eenieder die wetens en willens:

1° een onjuiste of onvolledige verklaring heeft afgelegd om een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

2° heeft nagelaten of geweigerd om een verplichte verklaring af te leggen of de inlichtingen te verstrekken die hij gehouden is te verstrekken om een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

3° ingevolge een verklaring bedoeld in 1°, ingevolge het nalaten of het weigeren om een verklaring af te leggen of inlichtingen te verstrekken bedoeld in 2°, of ingevolge een akte bedoeld in artikel 46, een uitkering heeft ontvangen waarop hij geen aanspraak had of waarop hij slechts gedeeltelijk aanspraak had.

Art. 48 – Oplichting

Overeenkomstig artikel 46 wordt gestraft, eenieder die, met het oogmerk een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden, gebruik heeft gemaakt van valse namen, valse hoedanigheden of valse adressen, of enige andere bedrieglijke handeling aangewend heeft om te doen geloven aan het bestaan van een valse persoon, een valse onderneming, of enige andere fictieve gebeurtenis of om op andere wijze misbruik te maken van het vertrouwen.

Art. 49 – Opdecienen

De opdecienen bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecienen op strafrechtelijke geldboeten zijn van toepassing op de administratieve geldboeten bedoeld in deze afdeling.

In geval van een administratieve geldboete maakt de Regering in haar beslissing melding van de vermenigvuldiging ingevolge de voormelde wet van 5 maart 1952 en vermeldt het getal dat het gevolg is van deze verhoging.

Art. 50 – Regels voor de bestraffing van overtredingen

Op de bestraffing van de overtredingen vermeld in deze afdeling zijn de bepalingen van boek I, titel 6, hoofdstukken 3 en 4, van het Sociaal Strafwetboek van toepassing.

Art. 51 – Wijzigingsbepaling

In artikel 580, 8°, van het Gerechtelijk Wetboek van 10 oktober 1967, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 23 april 2018, wordt een bepaling onder g) ingevoegd, luidende:

"g) het decreet van *** betreffende het zorgbudget voor ouderen;"

Art. 52 – Wijzigingsbepaling

In artikel 1, eerste lid, van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, vervangen bij de wet van 22 december 1989 en gewijzigd bij de wet van 24 december 2002, worden de woorden "en de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden" opgeheven.

Art. 53 – Wijzigingsbepaling

Artikel 2, § 3, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 54 – Wijzigingsbepaling

Artikel 6, § 3, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 55 – Wijzigingsbepaling

In artikel 7, § 1, derde lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 9 juli 2004, worden de woorden "of een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden" opgeheven.

Art. 56 – Wijzigingsbepaling

Artikel 8, § 1, vierde lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 57 – Overgangsbepaling

Ouderen die in december 2022 een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden ontvangen krachtens de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, blijven vanaf 1 januari 2023 het bedrag ontvangen waarop zij krachtens artikel 6, § 3, van diezelfde wet recht hadden.

Op dat bedrag zijn niet langer de indexeringsmodaliteiten van artikel 6, § 5, van dezelfde wet van toepassing, noch de indexeringsmodaliteiten die op basis van artikel 12 zijn vastgesteld.

Dat bedrag wordt betaald in plaats van de krachtens de artikelen 6 en 9 toegekende uitkeringen, totdat de som van de krachtens de artikelen 6 en 9 toegekende uitkeringen waarop de in het eerste lid bedoelde oudere recht heeft, voordeliger is dan het in het eerste lid vastgestelde bedrag.

Uiterlijk op 30 juni 2023 wordt onderzocht welk bedrag bij inwerkingtreding van dit decreet voordeliger is in de zin van het derde lid. Zolang dit niet is onderzocht, wordt het bedrag vermeld in het eerste lid doorbetaald. Indien uit het onderzoek blijkt dat de uitkeringen vermeld in de artikelen 6 en 9 gedurende die periode voordeliger waren, doet de Regering een dienovereenkomstige nabetaling.

Zodra een van de situaties vermeld in het derde lid zich voordoet, worden de krachtens de artikelen 6 en 9 toegekende uitkeringen uitbetaald overeenkomstig de nadere regels bepaald in dit decreet.

Art. 58 – Overgangsbepaling

Alle aanvragen voor een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden die op of na 1 december 2022 worden ingediend, worden met ingang van 1 januari 2023 overeenkomstig de bepalingen van dit decreet behandeld, waarbij het recht op het zorgbudget pas met ingang van 1 januari 2023 wordt geopend.

Art. 59 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2023.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

A. ANTONIADIS